

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 73.

Mittwoch, den 30. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Im Sumpfe.

Wie immer es für jeden unbefangenen Beobachter von Anfang an klar war, daß die neuen Wahlen der Herrlichkeit des englischen Neoliberalismus ein rasches Ende machen würden, so hat doch die Wirklichkeit alle Erwartungen in dieser Hinsicht weit übertraffen. Der Neoliberalismus mit seinen finanzreformerischen und konstitutionellen Lösungen ist in einen solchen Sumpf geraten, daß selbst seine Führer keinen andern Ausweg mehr zu finden vermögen, als die notwendigen Vorbereitungen für abermalige Wahlen so schnell wie möglich zu treffen. Es ist eine politische Situation, wie sie England noch nie gesehen hat. Man besitzt ein volkstümliches Programm, man erfreut sich einer großen Mehrheit, und doch rührt man sich nicht vom Fleck, und denkt nur daran, wie man am besten und schnellsten wieder aus der Situation herauskommt. Zuerst hieß es, der Verfassungskampf sei das Wichtigste: man könne überhaupt die Regierungsmacht nicht übernehmen, bis die Vorrechte der Lords, dieser Gegner aller fortschrittlichen Maßregeln, nicht abgeschafft worden seien. Dann fand man, das Wichtigste sei eigentlich die finanzielle Frage: wie kann eine Regierung ohne Finanzen existieren? Die Finanzfrage müsse sofort geregelt werden, nach ehe die Verfassungsfrage gestellt worden sei. Schließlich kam man zu dem Schlusse, daß auch dieses Verfahren nicht ganz zweckmäßig sei: wozu der Opposition eine Waffe ausliefern, mit der man später die Verfassungsfrage auszukämpfen haben wird? Also müsse man vorläufig nur die Kreditbewilligung einholen; die Deckungsfrage, die den eigentlichen Inhalt des Budgets bildet, sei hinauszuschieben, bis die Lordsfrage verhandelt sein wird. Allein auch dies stellte sich bald in den Augen der liberalen Regierung als nicht ganz zweckmäßig heraus. Die Einbringung des Budgets kann unmöglich auf eine unbestimmte Zeit verschoben werden: bald ist das alte Finanzjahr zu Ende, ein neues beginnt und die Deckungsfrage muß so oder so gelöst werden. Man kann doch nicht immer, wie in dem jetzt ablaufenden Jahre, nur mit einem Teile der Steuern und mit kurzfristigen Anleihen fortwursteln und so die Staatskasse ungeheuren Verlusten aussetzen! Wie aber, wenn die Lordkammer die Verfassungsfrage verschleppen sollte, wenn sie, wie es ja leicht möglich ist, plötzlich beschließt, sich zu vertagen und die Beratung der Regierungsvorlage über die Reform der Kammer auf einen längeren Zeitraum zu verschieben? Wird also die Regierung nicht doch gezwungen sein, endlich das Budget einzubringen und somit ihre bestverschanzte Position aufzugeben?

So beschloß die Regierung denn, auch diesen Plan zu ändern, und zwar in dem Sinne, daß sie die Kredite für eine Anzahl der wichtigsten Staatsaufgaben nur für eine kurze Frist, etwa bis Mitte Mai, bewilligen lassen und dann die Frage der Lordkammer im vollen Umfange aufrollen wird. Sollten dann die Lords zur Obstruktion greifen oder die Regierungsvorlage verwerfen, dann wird die Regierung demissionieren und dadurch die Krise endlich auf die Spitze treiben. Entweder müßte dann die Krone dem Herrn Balfour die Bildung eines konservativen Kabinetts anvertrauen, in welchem Falle die liberale Mehrheit im Unterhause der Regierung alle weiteren Kredite verweigern und dadurch die Demission Balfours oder die sofortige Auflösung des Parlaments erzwingen würde, oder die Krone würde die Demission der liberalen Regierung nicht annehmen, und dann müßte sie ihr die notwendigen Garantien geben, um den Widerstand der Lordkammer durch Pairsschub zu brechen. So oder so hat die liberale Regierung die beste Aussicht, zu gewinnen, da selbst eine durch den Widerstand der Lordkammer herbeigeführte Auflösung des Parlaments die Popularität der liberalen Reformier nur vermehren könnte.

Merkwürdigerweise aber ist mit diesem nach langer Mühe ausgeklügelten Plane niemand zufrieden. Keine der Parteien, denen es mit dem Kampf gegen die Lords ernst ist, gibt sich der geringsten Täuschung darüber hin, daß der Plan, wenn er wirklich durchgeführt werden sollte, zur baldigen Auflösung des Parlaments führen wird. Wenn dem aber so ist, wozu diese langwierige Spiegel-Schere? Wozu soll man noch den Konservativen die Gelegenheit geben, als Retter der Gesellschaft aufzutreten? Wäre es nicht besser, den Kampf gegen die Lords sofort anzunehmen, um entweder mit Ehren zu siegen oder zu fallen? Allein, da die Entscheidung in den Händen der Regierung liegt, so ist man auf den ohnmächtigen Ort im Angelegenheit, während der stagnierende Sumpf immer über steigt und jeden Schritt zur Tat unmöglich macht.

Die Wahrheit ist natürlich, daß die Regierung überhaupt keine Neigung hat, sich mit den Lords in einen ersten Kampf einzulassen. Kein einziges ihrer Mitglieder, wie überhaupt kein einziger Bourgeois in England, will das Zweikammerystem abschaffen, und da der ganze Verstoß gegen die Lords nur deshalb entstanden ist, weil die Lordkammer als Vertretung des Großkapitals und des Junkertums immer in Eintracht mit der konservativen Partei arbeitet, so zielen die Liberalen nur darauf, diese Eintracht für die Zukunft unmöglich zu machen, die Autorität der Kammer aber als Bollwerk gegen die Demokratie resp. den Sozialismus, eher zu steigern als zu vermindern. Diesem Zwecke soll eine grundsätzliche Umgestaltung der Zusammensetzung der Kammer dienen, auf einer Wahlgrundlage, wie sie selbst die Konservativen fordern, mit dem Unterschied nur, daß diese in dem Wahlprinzip nur eine Ergänzung, nicht aber, wie die meisten Liberalen, einen Ersatz für das Erbprinzip erblicken. Eine durch Wahlen herbeigeführte zweite Kammer — so meinen die Liberalen — könne unmöglich ein wesentlich anderes politisches Gesicht aufweisen, als die erste, und so werden die beiden Kammern nie in einen prinzipiellen Konflikt geraten. Höchstens werde die zweite Kammer solche Maßregeln der ersten vermerken, die ihr als allzu weitgehend erscheinen. Darin könne jedoch kein großes Unglück erblickt werden, sondern vielmehr ein Glück für die Regierung, besonders die Liberalen, die sehr oft dem Drucke der Massen ausgesetzt sind und zu Maßregeln gezwungen sind, die ihnen selbst sehr wenig angenehm sind.

Dies sind die Anschauungen der hervorragendsten Führer der liberalen Partei, die, wie Gren, Halbane und andere, für die Politik der Regierung tonangebend sind, und es ist durchaus bezeichnend, daß selbst ein Churchill, der Führer der „Neoliberalen“ für diesen Plan eintritt. Freilich wird dabei auch über die Notwendigkeit der Beschränkung des Vetorechts der Lordkammer gesprochen, aber nur als über eine untergeordnete Reform, die das Grundübel nicht beseitigen könne, nämlich jenes, daß die beiden Kammern verschiedene politische Richtungen vertreten. So hat sich unlängst Sir Edward Grey und nach ihm Halbane ganz offen ausgesprochen. Man sieht ganz klar, daß wenn nicht die Rücksicht auf die irischen und sonstigen Verbündeten wäre, die Lösung wegen des Vetorechts der zweiten Kammer längst gänzlich aufgegeben sein würde. Nur das Bewußtsein, daß ohne die Iren und die Arbeiterpartei sowie manche der Radikalen sich überhaupt nicht wirtschaften läßt, zwingt die liberale Regierung in diesem kritischen Augenblicke mit ihren früheren Lösungen weiter Schwindel zu treiben.

Aber lange kann dieses erbärmliche Spiel sicher nicht mehr dauern. Die Arbeiterpartei, deren sozialistischer Flügel jetzt endlich zur verpödeten Erkenntnis der Sachlage gelangt zu sein scheint, wird vielleicht den albernen und unwürdigen Sport noch eine Zeit mitmachen, die Iren aber, deren Ansehen im eigenen Lande mit jedem Tage sinkt, werden sich hüten, der schönen Augen der liberalen Regierung wegen politischen Selbstmord zu begehen. Nach dem Plane der Regierung sollen in diesen Tagen die famosen Resolutionen gegen die Lordkammer eingebracht werden. Sollten diese sich für die Iren als unzulänglich herausstellen, so wird die Regierung sofort zu Falle gebracht werden. Im besten Falle werden die Iren abwarten, wie sich die weiteren Verhandlungen über diese Resolutionen gestalten, und da diese nicht ernst gemeint sind, so kann die Katastrophe auch dann auf die Dauer nicht ausbleiben.

So sind die Tage des neuen und neuesten Liberalismus fast mathematisch gezählt. Man erinnere sich nun, was vor weniger als einem Jahre von der welterschütternden Bewegung der Herren Lloyd George und Churchill in allen bürgerlichen und quasi sozialistischen Kreisen geredet wurde, und man wird gestehen müssen, daß es einzig und allein die revolutionäre Sozialdemokratie ist, die die Wahrheit anzuerkennen vermag und sie auszusprechen gegen die gesamte Welt den Mut hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Staatsgesetz

wird vom „Reichsanzeiger“ publiziert. Die wichtigsten Paragraphen lauten:

§ 1.

Der Reichshaushaltssetz für das Rechnungsjahr vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 wird in Ausgabe und Einnahme auf 2 853 781 095 Mk. festgestellt, und zwar:

im ordentlichen Etat
auf 2 311 333 655 Mk. an fortbauenden und
„ 351 717 171 „ „ einmalig. Ausgaben sowie
„ 2 663 050 826 „ „ Einnahmen,
im außerordentlichen Etat
auf 190 730 269 Mk. an Ausgaben und
„ 190 730 269 „ „ Einnahmen.

§ 2.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 147 931 822 Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

§ 3.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von vierhundertundfünfzig Millionen Mark hinaus, Schenkungswweisungen auszugeben.

Das gleichzeitig publizierte Kolonial-Etatsgesetz bestimmt:

§ 1.

Der Haushalts-Etat der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1910 wird in Einnahme und Ausgabe auf 107 697 905 Mk. festgestellt, und zwar

im ordentlichen Etat
auf 75 992 905 Mk.

im außerordentlichen Etat
auf 31 705 000 Mk.

§ 2.

Der im Wege des Kredits flüssig zu machende Betrag beläuft sich auf 31 632 861 Mk.

Das staatsgefährliche Grammophon.

Daß das Grammophon ein Mäxterinstrument schlimmster Art und normalen Herbei sehr gefährlich ist, gilt als unbestrittene Wahrheit; aber daß durch das Ding auch der festgefägte preussische Staat gefährdet werden könne, das wurde bisher wohl nicht geglaubt. Nun aber hat es die königlich preussische Justiz in mehreren Instanzen „festgestellt“. Ende vorigen Jahres beschlagnahmte die Polizeiverwaltung in Posen sämtliche in der Musikalienhandlung des Leonhard Lesniewski befindlichen Grammophonplatten mit den Melodien der polnischen Lieder Boze cos Polske (Gott, der du Polen) und Zymem pozarow (Mit dem Rauch der Feuersbrünste). Das Gericht hat die Beschlagnahme aufrechterhalten, indem es ausführte, daß die Platten mit diesen Melodien einen aufreizenden Charakter hätten; das Endziel dieser Lieder gehe auf ein gewalttames Losreißen der polnischen Provinzen von Preußen und auf die Errichtung eines selbständigen polnischen Staates aus. Das Kammergericht entschied ebenso, nur hat es die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Die Trompeten von Serichio brachten nur eine wacklige Stadtmauer zu Fall; das Posener Grammophon erschüttert gleich den größten Polizei- und Militärstaat in seinen Grundfesten.

Frei ist der Burisch.

Die Abwehrkorrespondenz erinnert anlässlich der Berliner Feier für die Märzgefallenen daran, daß die 52 407 immatrikulierten deutschen Studenten ihre auf dem Berliner Schlachtfelde der Märzrevolution gefallenen Kommilitonen völlig der Vergessenheit überantwortet haben:

Ein stud. jur. v. Holkenborff liegt draußen auf dem Märzfriedhof unter den Opfern jener blutigen Tage, neben andern Kommilitonen. Wiltgen jetzt etwa Berliner Studenten hinaus zu diesen Gräbern? Die Herren wissen meist nichts von jenen gefallenen Akademikern. Zudem befinden sie sich auch gerade in diesen Märztagen in den Ferten hinter warmen Ofen. Und dann schon gar die ganze Politik. Wie leicht kann man sich die Karriere verderben. Da ist es doch viel bequemer, so ein bißchen „national“ zu sein, so ein bißchen zu antiken, große Bierkommerze zu halten, mit Schlägern zu raffen und Fahrentücher zu schwenken.

Daß der gesamte deutsche Freisinn mit nur einem einzigen Kranze an der diesjährigen Märzfeier beteiligt war, ergänzt das Bild der politischen Verkommenheit der Bourgeoisie. Die Söhne wie die Väter!

„Deutschland, die große Kinderstube...“

Die „Deutsche Tageszeitung“ begründet die Tatsache, daß das persönliche Regiment die Stellung der Diplomatie den Junkern in die Hände spielt damit, daß in Junkerkreisen der „Antrieb“ zum diplomatischen Dienst stärker sei, als etwa in den Kreisen des Kleinbürgertums:

Gewiß soll immer in erster Linie die Loyalität des Mannes bestimmend und ausschlaggebend sein. Überall auch bei der Berufung in diplomatische Stellen. Zu der Loyalität muß aber noch manches andre treten, insbesondere die angenehme Kinderstube und

die entsprechende Erziehung, die allerdings in wirklich gutbürgerlichen Kreisen ebenso zu finden ist wie in oblichen. Sind diese Vorbedingungen sämtlich erfüllt, dann wird solchen Anwärtern gewiß der diplomatische Dienst nicht verschlossen werden.

Die „angemessene Kinderstube“! Man denke an Herrn Osbenburg und — an Erziehung. Herr Stresemann kann allerdings mit diesen Ausführungen des Völklerblattes zufrieden sein. Nicht nur Adlige, auch Millionäre kämen zur Diplomatie. Mehr verlangen die nationalliberalen Demokraten nicht.

Der Berliner Schuhmann als junkerlicher Nationalheld.

Mehreren Persönlichkeiten der Berliner Gesellschaft ging jetzt das nachfolgende, mit Schreibmaschinenchrift hervorgehobene, als „vertraulich“ bezeichnete Schreiben zu, das dem „Berliner Tageblatt“ von einem Empfänger zur Verfügung gestellt wurde:

„Vertraulich. Berlin, 26. März 1910.
Die Berliner Schuhmannschaft steht zurzeit in außerordentlich schweren Diensten. Treue Pflichterfüllung seitens der Beamten wird von einem Teil der Bevölkerung leider mit unerhörten Beschimpfungen vergolten. Selbst die Kinder von Schulreuten als solche sind den Gehässigkeiten und den Angriffen ihrer Mitschüler ausgesetzt.

Demgegenüber ist von vielen Seiten angeregt worden, vorurteillos und gerecht denkende Bürger möchten sich zu einer Ehrengabe für die Schuhmannschaft als Sympathie- und Unterstützung für diese pflichterfüllen Beamten zusammenfinden.

Sollten Euer Hochwohlgeboren geneigt sein, sich einem hierfür zu bildenden privaten Komitee anzuschließen, so bitte ich geneigte umgehende Mitteilung an meine Adresse, Berlin W. 66, Leipzigerstraße 3.

Mit politisch, insbesondere mit der Wahlrechtsfrage, hat diese Anregung selbstverständlich nicht das mindeste zu tun. Etwasige Spenden für diese Ehrengabe bitte ich Herrn Bankdirektor Leopold Steinhilf, Berlin W., Französischerstr. 29, übersmitteln zu wollen, unter der Bezeichnung „Für die Ehrengabe an die Berliner Schuhmannschaft“.

Freiherr v. Mantuffel,
königlicher wirklicher Geheimer Rat u. Landesdirektor der Provinz Brandenburg.“

Mantuffel ist einer der junkerlichen Wortführer im preussischen Herrenhause, ist Leiter der preussischen Konservativen und hat schon am 11. Mai 1904 im Herrenhause staatsstreiklisterne Reden gegen das Reichstagswahlrecht gehalten. Die nun geplante Glorifizierung des Berliner Schuhmanns soll offenbar nicht nur das im Dienste der Junker arbeitende Polizeiregiment Sadows decken, sie soll selbstverständlich trotz der verdächtigen Ablehnung Stimmungsmache für „die schwarzblaue“ Wahlreform sein.

Schwarz-blaues Wahlbündnis bei der Reichstags-erwahl in Jauer-Landesamt.

Bei der Reichstagswahl für den verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Hermann in Jauer-Landesamt-Völkchen soll der Schnapsblock in Tätigkeit treten. Die „Kölnische Volkszeitung“ weist darauf hin, daß die Fortschrittliche Volkspartei zu geringe Aussicht habe, ihren Kandidaten durchzubringen. Wahrscheinlich werde die Sozialdemokratie in die Stichwahl gelangen, dagegen würden die Freisinnigen daraus verschwinden. Sicher wäre ihre Niederlage, so schließt das ultramontane Blatt seine Betrachtungen, wenn das Zentrum von vornherein zugunsten der Konservativen eintreten würde.

Da die Bevölkerung zu stark einem Drittel aus Katholiken sich zusammensetzt, ist es jedoch nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum selbst seine Stimmen so vermehrt, daß es in die Stichwahl gelangen könnte. Allerdings wäre dann eine Wiederholung der Vorgänge bei der Stichwahl in Jierlohn-Altena 1906, wo die Sozialdemokratie mit freisinniger Hilfe siegte, die wahrscheinliche Folge. Man wird also sehr ernstlich in Erwägung zu ziehen haben, ob man nicht im ersten Wahlgange eine angemessene konservative Kandidatur unterstützen soll.

Mit dieser „Erwägung“ kommt das klerikale Blatt einem Wunsche der „Kreuztg.“ entgegen, die schon kürzlich die Hoffnung aussprach, daß das Zentrum unter Verzicht auf einen eigenen Kandidaten die Konservativen im ersten Wahlgange unterstützen möchte.

Inzwischen hat sich aber die Sachlage wieder verändert. Das Zentrum will nicht so ohne weiteres auf den konservativen Leim kriechen. Nunmehr werden sowohl die Konservativen als auch das Zentrum je einen eigenen Kandidaten aufstellen, sich aber von vornherein verpflichten, bei der Stichwahl zusammen zu gehen. Die Rechnung geht dahin, daß anstelle des Freisinnigen der Konservativ mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt. In diesem Falle hofft man dann, das Mandat für den Schnapsblock zu erobern. Wenn sich die Herrschaften nur nicht verrechnet haben.

Der Tabakarbeiter-Entschädigungsfonds.

Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig hat sich an das Reichsfinanzamt gewendet mit der Bitte um Auskunft darüber, ob aus dem Unterstützungsfonds der Tabakarbeiter auch Handlungsgehilfen unterstützt werden, die durch die Tabaksteuer brotlos geworden sind. Die Antwort lautete verneinend, da das Gesetz nur die Arbeiter, im engeren Sinne des Wortes, unterstützen wolle. Würde man den Kreis der Berechtigten ausdehnen, so würden die Unterstützungen für die Arbeiter geschmälert werden. Die Handlungsgehilfen bekommen also nichts, trotzdem auch sie teilweise nicht unerheblich geschädigt sind.

Lehrerentlassung in der Ostmark.

Wie die „Posener Neuesten Nachrichten“ melden, hat die Regierung zu Bromberg infolge einer vom Kultusminister erhaltenen Verfügung einer größeren Anzahl von Lehrern ihres Bezirkes, es heißt achtzehn, zum 31. März schriftlich die Entlassung aus dem öffentlichen Schuldienst bekannt gegeben. Weil diese nicht rechtzeitig die zweite Lehrerprüfung abgelegt haben sollen. Man vermutet, daß diese bei dem herrschenden Lehrermangel sonst nicht beliebte Strenge mit der Ostmarkenpolitik der preussischen Regierung zusammenhängt. Bei den entlassenen Lehrern wird weniger das mangelnde Gewissen, als vielmehr die polenfreundliche Gesinnung

den Grund zu der überraschenden Strenge abgegeben haben.

Ein neuer agrarischer Raubzug.

Die Vieheinfuhr aus Dänemark ist den Agrariern längst ein Dorn im Auge und das im vorigen Jahre beschlossene Vieheinfuhrgesetz ist wesentlich zu dem Zweck gemacht worden, als und jedes von der Einfuhr auszuschließen zu können, sobald die Agrarier das wünschen. Einstweilen geht es aber auch so. Von Berlin aus ist vorige Woche eine Kommission nach den Quarantäneanstalten in Kiel, Flensburg und Apenrade, die für die Einfuhr von Vieh in Frage kommen, entsandt worden, um das Vieh der Tuberkulinprobe zu unterziehen. Nach den vorliegenden Nachrichten ist fast die Hälfte der in den genannten Anstalten befindlichen Rinder als tuberkulös erklärt worden. Die Tiere würden sofort getötet. Die dänischen Exporteure haben den Export sofort eingestellt, und rechnen auf eine Intervention der dänischen Regierung. In Dänemark erblickt man in dem Vorgehen der deutschen Regierung eine politische Maßnahme. Das ist natürlich nicht der Fall. Der Bund der Landwirte wird der Regierung einfach den Wunsch ausgesprochen haben, in irgend einer Form den unferen Junkern so unbequemen Viehimport aus Dänemark zu unterbinden und Wünsche, die von dieser Seite kommen, sind der Regierung stets Befehl. Über den Wert der Tuberkulinprobe spricht sich der Präsident des tierärztlichen Gesundheitsamtes in Kopenhagen, Professor Varg, sehr abfällig aus. Nach einer Drahtmeldung des „Berliner Tageblattes“ begründet er seine Ansicht wie folgt:

„Die deutschen offiziellen Berichte konstatieren, daß im ersten Quartal 1909 auf Tuberkulinprobe in deutschen Quarantäne-Stationen nur 0,6 Proz. der Rinder reagierten, wovon aber beim Schlachten 81,4 Proz. sich als tuberkulös erwiesen. Im 3. Quartal sind die Zahlen noch ärger: 0,6 gegen 83,0 und im Jahre 1902 2,1 gegen 20,5. Unter solchen Verhältnissen könnte man natürlich ebenso gut die ganze Quarantäne-Einrichtung abschaffen. Die Tuberkulinprobe ist auch nicht für Schlachtvieh bestimmt, denn bei solchem konstatiert man weit leichter die Tuberkulose nach dem Schlachten. Ob Deutschland zukünftig aus politischen Rücksichten die Einfuhr lebenden dänischen Viehs verbieten wird, weiß man ja nicht. Dann müssen wir eben selbst schlachten und nur tuberkulofreies Fleisch über die Grenze schicken.“

Die Dänen täuschen sich, wenn sie meinen, daß sie einwandfreies Fleisch ohne weiteres nach Deutschland einführen können. Nach dem neuen Vieheinfuhrgesetz können tierische Erzeugnisse von der Einfuhr schon dann ausgeschlossen werden, wenn der Verdacht besteht, daß in dem Ursprungslande seuchenbehaftetes Vieh vorhanden ist. Diesen Verdacht bei den Zollbeamten machzurufen, wird dem junkerlichen Bund der Landwirte nicht schwer fallen. Die ganze Aktion ist ein neuer, unerhörter Raubzug auf die Taschen des Volkes. Heute schon sind in den Großstädten die Fleischpreise enorm hoch, für die breiten Massen überhaupt nicht mehr erschwinglich. Dabei ist dieses Fleisch mitunter von einer Qualität, die in gar keinem Verhältnis zu den unerschämten Preisen steht. Und die Regierung des Herrn von Bethmann-Hollweg bietet die Hand dazu, diese Ausbeutung des Volkes noch zu fördern, natürlich stets unter dem Vorzeichen, über die Volksgesundheit wachen zu müssen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sich Dänemark durch den Boykott deutscher Industrieartikel revanchiert.

Die Arbeiterlegitimationskarten.

werden, wie der „Börsen Zeitung“ aus Bern berichtet wird, Gegenstand diplomatischer Auseinandersetzungen zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reiche werden.

Preußen fordert bekanntlich von ausländischen Arbeitern sogenannte Arbeiterlegitimationskarten; solche sollen auch in Bayern eingeführt werden. Das „Berliner Tageblatt“ erblickt in den Arbeiterlegitimationskarten eine Verletzung des Art. 3 des schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrages, wonach Schweizer in Preußen, überhaupt in Deutschland, lediglich einen Heimatschein und ein Leumundszeugnis vorweisen müssen. Das „Berliner Tageblatt“ fordert den Bundesrat auf, bei der deutschen Regierung wegen der vorliegenden Angelegenheit diplomatische Schritte zu tun.

Schuckmann gegen Dernburg.

Aber die Gründe seines bevorstehenden Rücktritts soll Gouverneur v. Schuckmann, wie die „Windhuker Nachrichten“ in ihrer neuesten Nummer mitteilen, sich vor seiner Abreise aus Südwestafrika mehreren Herren gegenüber als ausgesprochen haben: Seine Rückkehr als Gouverneur sei ausgeschlossen wegen der großkapitalistischen Politik, welche er nicht mitmachen könne; dann aber auch wegen des schweren Vorwurfs, welchen Staatssekretär Dernburg im Reichstage gegen die Beamten der Kolonie erhoben hätte. Dreißig Jahre diene er seinem Kaiser und habe niemals auch nur einen Vorwurf erhalten, und jetzt müsse er sich diesen schweren Vorwurf vor der breiten Öffentlichkeit machen lassen! Der Gouverneur soll noch hinzugefügt haben, die Herren könnten dies einem jeden, der es hören wolle, wieder sagen.

Minister wider Willen.

Im Anschluß an die Behauptung der „Köln. Volkszeitung“, daß sich der preussische Minister des Innern v. Moltke mit Rücktrittsgedanken trage, schreibt die „Frankf. Ztg.“, es sei richtig, daß man in parlamentarischen Kreisen seit einiger Zeit und nicht erst, seit die Wahlrechtsvorlage beraten wird, von der Möglichkeit eines Rücktritts des Ministers des Innern spricht, der seinem eigenen Wunsche entsprechen würde. Man brauche dabei gar nicht einmal nach besonderen Gründen zu suchen, vielmehr nur in Betracht zu ziehen, daß unter den eigenartigen Verhältnissen, die im Reiche und in Preußen bestehen, wo Minister und Staatssekretäre nicht großen Parteien und parlamentarischen Mehrheiten entstammen, sondern aus dem hohen Beamtentum berufen werden, manch einer im Laufe der Jahre Minister oder Staatssekretär geworden ist, ohne diese Ehre erstrebt zu haben, ja, sogar gegen seinen Wunsch, auf sanften Druck hin. Das hat, fährt die „Frankf. Ztg.“ fort, zum Zweck Männer getroffen, die sich in ihrem früheren Amte wohlgeföhlt haben und in ihm tüchtig waren, die

aber für einen Ministerposten und einen ähnlichen, in dem die Teilnahme an der Gesetzgebung und die Vertretung der Regierung in den Parlamenten verbunden ist, nicht die erforderlichen Qualitäten besitzen, Herren, die froh wären, wenn sie wieder in ihr früheres Amt, zum Beispiel das eines Oberpräsidenten, zurückkehren dürften. Es ist möglich, daß Herr v. Moltke zu diesen Ministern wider Willen gehört. Die Behandlung, die er gelegentlich im Abgeordnetenhause und ganz besonders wegen der von ihm in bedingter Weise empfohlenen ersten Ausgabe der Germanicus-Broschüre gerade von den Konservativen erfahren hat, würde es verständlich erscheinen lassen, wenn er seinen Posten nicht ungern verlasse. So schlecht und, wie sich bei der Germanicus-Broschüre herausgestellt hat, voreilig und daher ungerecht, wie Herrn v. Moltke, haben die preussischen Konservativen noch nie einen Minister des Innern behandelt. Daß sie ihm sein Amt selbst hätten, werden sie natürlich später einmal bestreiten.“

Ja, darauf verstehen sich die Junker und Junkerengenossen, Minister, die nicht ganz und gar gefügige Knechte ihres Willens sind, schlecht zu behandeln und auch zu stürzen. Abgesehen hat das arbeitende Volk und die Sozialdemokratie keine Ursache, Herrn v. Moltke, wenn er geht, eine Träne nachzuweinen.

Holland.

Eine Staatskommission für Arbeitslosigkeit hat sich in den Niederlanden konstituiert. Sie ist durch Regierungsverfügung eingesetzt worden in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, Maßregeln zu treffen, um die Arbeitslosigkeit zu verhüten und zu beseitigen, sowie ihre Folgen zu lindern. Die aus 36 Mitgliedern bestehende Kommission ist beauftragt zu untersuchen: a) inwieweit die Regierung über Mittel verfügt, um rasch und hinlänglich über den Stand der inländischen Arbeitslosigkeit sowie über den Umfang und die Art der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Betrieben unterrichtet zu werden und welche Ergänzungen diese Mittel brauchen; b) was die Regierung tun kann, um, sei es mit Hilfe von Personen oder Korporationen, sei es selbständig, die Arbeitslosigkeit zu verhüten oder zu beseitigen oder ihre Folgen zu lindern. Die Staatskommission soll Berichte über die von ihr gepflogenen Untersuchungen mit entsprechenden Vorschlägen erstatten. Jedes Kommissionsmitglied soll befugt sein, seine Ansicht, sobald sie von jener der Mehrheit der Kommission abweicht, in einer besonderen, dem Bericht anzufügigen Note bekanntzugeben.

England.

Die Arbeitsbörsen. Wir berichteten vor Kurzem über das System der staatlichen Arbeitsbörsen, welches über ganz England ausgebreitet werden soll. Zurzeit bestehen etwa 90 solcher öffentlichen Arbeitsnachweise, die in den 5 Wochen seit ihrer Eröffnung 32 500 offene Stellen registrierten, von denen fast 20 000 besetzt wurden. Die Zahl der eingetragenen Arbeitsuchenden betrug in der letzten Woche 104 000. So ließ die Regierung dem Parlament mitteilen. Unter den Gewerkschaftlern gibt es jedoch schon viele, die dem ganzen System dieser Arbeitsbörsen sehr skeptisch gegenüberstehen. Schon die Anstellung der zahlreichen Beamten hat Anlaß zur Kritik gegeben, da vorzugsweise „Intellektuelle“, ja sogar frühere Militärs, Südpolforscher u. a. hier bei den Gewerkschaften vorgezogen wurden. Deshalb konnte sogar die gelbe Organisation sich lobend darüber äußern, daß „erfreulicherweise die berufsmäßigen Heber der freien Gewerkschaften nicht auf ihre Kosten gekommen seien. Um die Vermittlung von Dienstboten bekümmern sich die Arbeitsbörsen nicht, doch sollen für Frauen und Jugendliche nach und nach besondere Abteilungen, möglichst völlig voneinander getrennt, eingerichtet werden.

Abyssinien.

Die gestürzte Kaiserin Taitu. Die Palast-Revolution, die von dem Regenten Ras Tefama auf Verlangen der schoanischen Häuptlinge in Szene gesetzt worden ist, hat ihr Ziel erreicht: Die Kaiserin Taitu ist endgültig gestürzt. Zwar weilt sie noch im Sibi, dem Palast Menelik's, formell mit der Pflege des anscheinend seiner Auflösung entgegengehenden Kaisers beauftragt. Aber sie ist dort nur eine Gefangene. Die Rückkehr nach ihrer Heimat Siemen ist ihr unmöglich gemacht worden. Unter diesen Umständen bleibt ihr nichts weiter übrig als zu resignieren.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Addis Abeba: Die Kaiserin Taitu wurde zur öffentlichen Verantwortung gezogen und ist von den Großen jedes Gutes und jeder Gewalt verlustig erklärt worden. Sie darf nur den Kaiser pflegen und wird ständig überwacht. Der Telephonverkehr mit den wenigen Anhängern, die sie hat, ist verboten. Ihre Soldaten sind fast alle desertiert. Ihre Macht nach einem mißlungenen Fluchtversuch ist endgültig gebrochen. Sie beabsichtigt, in ein Kloster zu gehen. Negus Menelik lebt noch, ist aber völlig gelähmt. Deshalb unterbleibt die Krönung Seassus, der jetzt allgemein als Thronfolger anerkannt wird.

Der Regent und die schoanischen Häuptlinge haben, wie es scheint, im Einverständnis mit dem größten Teil des Volkes gehandelt. Obgleich es in Abyssinien nicht an telegraphischen und telephonischen Verbindungen mangelt, wird von nirgends her gemeldet, daß eine Bewegung zugunsten der entthronten Kaiserin bemerkbar sei.

Vereinigte Staaten.

Ein amerikanischer „Reichsverband“. Die in der letzten Zeit sich mehrenden Versuche der amerikanischen Gewerkschaften, ihren besonderen Wünschen nach einer Arbeiterschutzesetzgebung für ihre eigenen Berufe durch ständige Beeinflussung der Parlamentsmitglieder mehr Nachdruck zu verleihen, die besonders durch die Beschlüsse der gewerkschaftlichen Landeszentrale Nord-Amerikas (American Federation of Labour), die Wahlen von arbeiterschuttsfreundlichen Kandidaten zu unterstützen, arbeiterschuttsfeindliche Kandidaten dagegen zu bekämpfen, eine einheitlichere Direktion erhielten, haben die Unternehmer und deren Helfershelfer auf den Plan gerufen. Eine Anzahl von Kongressmitgliedern hat, in Verbindung mit den Häuptlingen der „Kritik der Arbeit“ und der Großindustriellen, eine „Nationale Arbeiter-Allianz“ gegründet, zu

dem ausgesprochenen Zwecke, dem Einflusse des amerikanischen Arbeiterbundes auf die Gesetzgebung entgegenzuwirken, und alle solche Kongresskandidaten, die vom Bunde wegen ihrer arbeiterfeindlichen Haltung bekämpft werden, sarkastisch zu unterstützen. Schon bei der Gründung dieses "Reichsverbandes" stießen die Mittel so reichlich, daß große Bureaus in Washington eröffnet werden konnten. Die Arbeiter werden auch mit dieser Sumpfpflanze fertig werden!

Versammlung der Bürgerchaft.

Lübeck, 30. März 1910.

Vormittags-Sitzung. (Vorbericht.)

Kurz nach 10 1/2 Uhr war die Bürgerchaft, nachdem ein Teil Volksvertreter herantelephoniert worden war, knapp beschlußfähig. Es wurde in die Spezialberatung des Staatsbudgets eingetreten. Im Verlaufe derselben gelangte der Etat der Betriebsanstalten zur Verhandlung.

Stelling sprach zunächst den Wunsch aus, daß den Bürgerschaftsmitgliedern nach vorheriger Mitteilung an die zuständige Instanz die Möglichkeit gegeben werde, die Betriebsanstalten zu besichtigen. Weiter zerpflichtete er an der Hand eingehenden Materials die vom Senate der Bürgerchaft gegebene Darlegung der Löhne mancher Staats- und Gemeindegewerks.

Senator Dr. Lienau erklärte diese Darlegungen für unrichtig. Er verlas eine Aufstellung, nach welcher beim Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk im Jahre 1909 ein Durchschnittslohn von 1581 Mk. verdient worden sei.

Stelling entgegnete, daß diese Löhne nur entstanden sein könnten durch erhebliche Überarbeit und durch Hineinziehung der Löhne der Vorarbeiter.

Senator Dr. Lienau bestritt das.

Senator Dr. Fehling verbat sich, daß die Ausgaben des Senats als unrichtig bezeichnet worden seien.

Stelling antwortete hierauf unter Mitteilung der Stundenlöhne mancher Arbeiterkategorien und nahm für sich das Recht in Anspruch, auch an Ausgaben des Senats Kritik zu üben.

Beim Schlachthof montierte Gffinger die lange Arbeitszeit und die Sonn- und Festtagsarbeit auf dem Schlachthof.

Fust bestritt, daß fast jeden Sonntag im Schlachthaus geschlachtet werde.

Gffinger hielt seine Behauptungen aufrecht.

Dyhe weitere erhebliche Debatte wurde dieser Etat erledigt.

Beim Kapitel Straßenbahn entspann sich eine längere Debatte, an der sich von unserer Seite Schwarz und Stelling beteiligten. Ersterer beantragte, daß die Fahrpläne und Abänderungen derselben in allen hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht werden. Die Debatte drehte sich um die Anstellung von Schaffnern, Auskangierung schlechter Wagen, größere Reinlichkeit u. Der Antrag Schwarz wurde dem Senat von der Bürgerchaft entgegengebracht, nachdem Senator Dr. Lienau mit einigen unverbindlichen Redensarten es so darzustellen versuchte, als ob die Behörde dem Inhalt des Antrages wenigstens teilweise zu folgen geneigt sei.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 30. März

Die Beratung des Staatsbudgets vom 1910 in der Lübecker Bürgerchaft. Am gestrigen Dienstag abend begann die Bürgerchaft ihre diesjährige Budgetberatung, die bis Donnerstag abend erledigt sein muß. Nicht einmal volle drei Tage stehen demnach für diese außerordentlich wichtige Sache zur Verfügung. Daß eine derartige knappe Zeit für eine gründliche Erörterung aller unserer Freiheit betreffenden Fragen bei weitem nicht ausreicht, liegt auf der Hand. Es gewinnt somit den Anschein, als ob man auf diese Weise die Budgetberatung einschränken will.

Die Generaldebatte wurde durch längere Ausführungen des Senators Dr. Fehling eingeleitet, der die Zweckmäßigkeit der Zusammenlegung des Staatsbudgets mit den Verwaltungsbehörden für städtische Gemeindeanstalten nachzuweisen versuchte. Dr. Benda gab einen Überblick über die Budgetverhandlungen im Bürgerausschuß und bekräftigte die vom Bürgerausschuß vorgeschlagene Streichung von 100 000 Mk. für Volksschulbauten sowie die Erhöhung der Position "Unvorhergesehene Ausgaben", aus der die Erhöhung der Beamtengehälter bestritten werden soll. Vom Senatssitze wurden diese Vorschläge des Bürgerausschusses bekämpft.

Nachdem Genosse Schwarz die Ansicht ausgesprochen hatte, daß die Begründung der Budgetzusammenlegung den Bürgerchaftsmitgliedern zur Orientierung in Form einer Denkschrift hätte zugänglich gemacht werden müssen, nahm Genosse Stelling das Wort, um in großzügiger Weise unsern Standpunkt darzulegen. Er kritisierte es zunächst scharf, daß die Budgetberatung in letzter Stunde übers Knie gebrochen werden soll und begrüßte sodann die Zusammenlegung der Budgets. Die Einstellung der 100 000 Mk. für Volksschulbauten sei eine Notwendigkeit. Redner wies sodann darauf hin, daß der Senat aufheben darauf ausgehe, die auch in anderen Orten als veraltet bezeichnete Gewerbesteuer durch ein Hinterpfändchen in Lübeck einzuführen, wie das aus einem von Senatsseite inspirierten Artikel der "Lübeckischen Blätter" hervorgehe. Die Schuld an der Finanzmisere Lübecks trage die Reichspolizei des Schnapsbrotts, dessen Anhänger auch in Lübeck zu finden sind. Zur Deckung der Mehraufwendung sei ein Zusatzlag zur Einkommensteuer zu empfehlen, der jedoch erst von Einkommen über 2000 Mk. zu erheben wäre. Den Leuten mit einem Einkommen unter 2000 Mk. habe man das gleiche Recht genommen, man dürfe ihnen deshalb auch keine gleichen Pflichten aufbürden. Unser Genosse stellte weiter einen Antrag auf Änderung des bestehenden Wahlrechts in Anbetracht der bekräftigten endlich einen Antrag auf Einführung der Arbeitslosenversicherung.

Auf die Frage, wie sich der Senat zur Reichsfinanzreform gestellt hat, erfolgte bezeichnenderweise keine Antwort. Das sagt übrigens genug. Lübecks Vertreter im Bundesrat hat augenscheinlich für die weitere schwere Belastung der breiten Volksschichten von Reichs wegen gestimmt und will die werktätige Bevölkerung nicht obendrein noch mit der Gewerbesteuer bepacken. Andere Rechte, aber höhere Lasten für die Arbeiter! Das ist der Standpunkt der Lübecker Regierung.

Im Laufe der weiteren Debatte beschäftigten sich die verschiedensten Redner mit dem Antrage auf Arbeitslosenversicherung und äußerten ihre platonische Liebe dafür; die Mehrheit stimmte aber dagegen. Der liberale Herr Klein hielt es sogar für angebracht, den Sozialdemokraten schuldnerische Vorhaltungen darüber zu machen, wann und wie sie Anträge zu stellen haben und tempette unsere beiden Bürger-

ausschußmitglieder in recht überflüssiger Weise an. Genosse Pape erteilte ihm dafür die verdiente scharfe Abfuhr.

Im den Senat gebracht wurde ein auch von den Sozialdemokraten unterstützter Antrag Thiel auf Reform der Verwaltungsbekanntnisse.

Am halb elf Uhr hatte die Bürgerchaft die Generaldiskussion über den Etat beendet, worauf die Sitzung auf heute früh 10 Uhr vertagt wurde.

Postaufweisungen mit Postanlieferungsschein. Das Reichspostamt hat verfügt, daß vom 1. Juli an Postanweisungen mit anhängendem, vom Publikum vorzuschreibendem Postanlieferungsschein sowohl mit eingedrucktem Wertstempel zu 10 und 20 Bfg. als auch ungestempelt zum Preise von 10 Bfg. für je 20 Stück ausgegeben werden. Die neuen Formulare sind für die Einzelauslieferung von Postanweisungen vorgesehen, während die bisher gebräuchlichen Formulare bei Einlieferung mittels Buchs oder Verzeichnisses verwendet werden sollen; jedoch können sie bis auf weiteres auch noch zur Einzelauslieferung benutzt werden. Die neuen Formulare dürfen nur durch die Reichsdruckerei hergestellt werden.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der zweiten Märzwoche vom 6. bis zum 12. in den meisten deutschen Städten wenig geändert. In einzelnen Orten, wie in Berlin, sind sie sogar dieselben geblieben wie in der Vorwoche. Von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern starben auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet in Aachen 15,5, Altona 18,2, Augsburg 13,5, Barmen 10,8, Berlin 13,8, Bochum 18,7, Bonn 18,1, Borsbeek 16,1, Braunschweig 15,9, Bremen 15,7, Breslau 19,3, Charlottenburg 10,6, Chemnitz 14,7, Danzig 14,9, Darmstadt 11,7, Dortmund 12,5, Dresden 14,8, Deutsch-Wilmersdorf 9,4, Duisburg 15,5, Düsseldorf 11,0, Elberfeld 14,5, Erfurt 17,0, Essen 10,7, Frankfurt a. M. 13,6, Freiburg i. B. 16,9, Gelsenburg — Frankfurt a. O. — Gütlich — Gera — M.-Gladbach — Gleiwitz — Gelsenkirchen 17,2, Götlich 17,1, Hagen 14,9, Halle a. S. 14,0, Hamburg 18,3, Hamburg 14,9, Harburg — Hannover 12,8, Heidelberg — Karlsruhe 10,2, Kassel 16,7, Kiel 10,5, Köln 15,2, Königsberg i. P. 18,3, Kaiserlautern — Königshütte 16,3, Krefeld 9,7, Koblenz — Leipzig 14,4, Linden 13,1, Liegnitz — Lübeck 15,6, Ludwigshafen 18,4, Magdeburg 14,6, Mainz 11,4, Mannheim — Meß 23,6, Mühlhausen i. G. 17,6, Mühlheim a. d. R. 10,8, München 17,0, Münster 20,0, Nürnberg 18,7, Offenbach 9,0, Orlau i. V. 11,7, Posen 16,8, Reimscheid 10,4, Rixdorf 10,5, Saarbrücken 15,2, Schneidewitz 8,8, Spandau 16,6, Stettin 16,0, Stralsburg i. G. 13,1, Stuttgart 17,6, Wiesbaden 18,3, Würzburg 20,9, Zabrze 17,4, Zwickau 12,2.

Ein magerer Vergleich. In dem großen Meinerschen Konturze wird jetzt im Auftrage des Gemeindefiskus von dem durch Sicherheiten gedeckten Bankhaufe von Louis Wolf ein Zwangsvergleichsvorschlag gemacht. Es werden 15 Prozent geboten. Die Passiven dürften 2 Millionen Mark betragen, wobei aber etwa 300 000 Mk. durch Sicherheiten ausgeschaltet sind. Dieferthalb schwebt noch ein Prozeß.

Handelsregister. Am 29. März 1910 ist eingetragen: 1. bei der Firma Wilhelm Harringer G. m. b. H.: Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 26. März 1910 aufgelöst. Zum Liquidator ist der Kaufmann Hermann Holz zu Lübeck bestellt. 2. Die offene Handelsgesellschaft in Firma Wilhelm Harringer u. Co., Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter: Kaufleute Wilhelm Harringer und Friedrich Danckert zu Lübeck. Die Gesellschaft hat am 26. März 1910 begonnen.

Ein Einbruchsdiebstahl. In der verfloffenen Nacht ist mittels Einbruchs eine schwere silberne Panzerkassette mit daran befindlichen silbernen Stern, gestohlen worden. Auf dem Stern befindet sich eine goldene Platte mit einer Widmung vom Krieger-Verein von 70/71 zum 25. Stiftungsfeste.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag, geht die Schauspiel-Novität "Der deutsche König" von Ernst v. Wildenbruch zum ersten Male in Szene. — Am Freitag gelangt Björnsöns Schauspiel "Leonard a." zur nochmaligen Aufführung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag, abends 8 Uhr, gelangt die erfolgreiche Operette "Der fidele Bauer" von Leo Fall zur Aufführung und zwar in derselben Besetzung wie im Neuen Stadttheater.

Stoekelsdorf. Eine Mitglieder-Versammlung der Genossinnen des Sozialdemokratischen Vereins für Stoekelsdorf und Umgegend findet am 31. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn L. Baetau-Jackenburg statt. Es ist zu erwarten, daß die Genossinnen recht zahlreich erscheinen, da die Beitragserhöhung auf der Tagesordnung steht.

Schwartau. Eine Parteiverammlung findet am Donnerstag abend bei Pinkert statt. Mögen die Genossinnen und Genossen für einen guten Besuch sorgen, da mehrere wichtige Angelegenheiten erledigt werden müssen.

Hamburg. Der Raubmörder Holste, der im Januar d. J. die Pfandleiherin Merkt in der Poolstraße ermordete und beraubte, ist einstweilen zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Anstalt Friedrichsberg überwiesen worden. — Drei überfahrene und getötete Kinder. Am Sonnabend hängte sich der neunjährige, am Weidenweg Nr. 3 wohnende Knabe Franz v. Kistowski an einen Geschäftswagen auf der Hammerlandstraße. Als der Kutscher ihn mit der Peitsche bedrohte, ließ er los und sprang, da ein zweites Führwerk sich von der rechten Seite näherte, nach links ab, wobei er zu Fall kam und unter die Hinterräder eines in entgegengesetzter Richtung vorbeifahrenden Gestwagens aus der Hammerlandstraße geriet. Das Kind wurde zunächst in die elterliche Wohnung und von dort ins St. Georgs Krankenhaus befördert, wo es seinen Verletzungen erlag. — Auf der Stelle getötet worden ist auf der Grindelallee der von einer Droschke aus Altona überfahrene 7jährige Knabe Heinrich Krause. — Vor der Thomaskirche an der Gohlerstraße kam der 12jährige Sohn eines Kapitäns aus der Neumünsterstraße vor einer Droschke zu Fall und wurde überfahren. Wenige Stunden später ist er in der elterlichen Wohnung seinen Verletzungen erlegen. — **Todesritt.** Am 2. Ostertage unternahm die Familie des in der Neuen Rabenstraße Nr. 12 wohnenden Herrn Raphael Baum, Inhabers der Firma R. Baum, Metelmann Nachf., Kornbrennerei, eine Tour nach Stoekelsdorf, wo B. im Lojenschen Gestüt ein Reitpferd erwerben wollte. Beim Reiten eines der ihm vorgeführten Pferde verlor B. plötzlich die Gewalt über den Gaul, fiel ab und brach das Genick.

Hamburg. Der Durchschlag im Elbtunnel. Der Weg von Hamburg nach Steinwäcker unter dem Elbstrom hindurch ist frei. Dienstag mittag fiel die Trennungswand, die den Osttunnel, der später dem Verkehr von Steinwäcker nach Hamburg dienen wird, vom Einfahrtsschacht auf St. Pauli bisher noch schied. Im Schacht sind schon die gewaltigen Eisensäulen montiert, an denen die fünf Fahrstühle, die der Personen- und Wagenbeförderung in die Tiefe und aus der Tiefe dienen sollen, befestigt werden. Sie lassen so recht deutlich die große Tiefe des Schachtes

erkennen, aus dem das Bismarckdenkmal auf der Elbhöhe nur so eben noch mit den Schultern heraustragen würde. In der Höhe des Schachtes waren in seinem nördlichen Teil Tribünen aufgeschlagen, aus denen die von der zweiten Sektion der Baudeputation geladenen Gäste, nachdem sie einen kurzen Vortrag des Wasserbaudirektors Wubbenby über den Bau gehört hatten, Platz nahmen, um der Durchschlagung des Tunnels beizuwohnen. Am 12 Uhr trachte in der Tiefe der erste Sprengschuß, der ein verhältnismäßig kleines Loch in die Wand riß. In rascher Folge krachten vier weitere Schüsse, die so viel Breche in die Mauer legten, daß Arbeiter vom Tunnel aus in kurzer Frist eine große Öffnung schaffen konnten, aus der heraus der Oberingenieur Beck, der leitende Ingenieur der Firma Holzmann, die inzwischen auf den Grund des Schachtes gestiegenen Gäste unter der Mitteilung begrüßte, daß die letzte Hand an das unter so großen Gefahren von schweißiger Arbeiterfaust und Ingenieurkunst geschaffene Werk sorben vom dreizehnjährigen Töchterchen des Bauarbeiters Wendemulh gelegt sei, in dessen Kopf das ganze Tunnelprojekt entstanden wäre. Er wünschte, daß das gewaltige Werk Hamburg und Hamburgs Bevölkerung zum Segen gekehren möge. Ehe die Gäste der Einladung, nun den Tunnel zu betreten, folgen konnten, erschienen in zünftiger Tracht vier Zimmerleute, um ein großes Schild im Tunnel zu befestigen mit der Aufschrift, daß zollpflichtige Sachen nicht durch den Tunnel gebracht werden dürfen. So wurde man, wenn man sich im Anblick der grandiosen Schöpfung ingenieüsen Menschengeistes und menschlicher Treue und Energie für einen Moment verloren hatte, eindringlichst daran gemahnt, daß man sich auf dem Boden eines Stück herrlichen deutschen Reiches befand, das vom Junkertum in die Zwangsjacke der Zollstrafen gesperrt ist.

Neumünster. Ein Automobil-Unfall ereignete sich in nächster Nähe der Stadt am ersten Ostertage. Als die Theatertruppe Bräuner in der Nähe von Wiemersdorf mit einem Automobil anlangte, fuhr dieses gegen einen Baum. Dabei wurde die Maschine zertrümmert, und die Insassen, acht Personen, wurden zu Boden geschleudert. Alle trugen mehr oder minder schwere Verletzungen davon, die schlimmsten der Chauffeur Quigow, der einen doppelten Beinbruch erlitt. Auch das Gepäck wurde stark beschädigt. Die von der Theatergesellschaft unternommene Geschäftstour mußte unterbrochen werden. Die Verletzten wurden, nachdem ihnen ärztliche Hilfe zuteil geworden war, auf mehreren Wagen nach der Stadt zurücktransportiert.

Standesamtliche Nachrichten

vom 20. bis 26. März 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
14. März. Handlungsgelilfe L. G. J. Groß, 15. Eisenbahn-Wagenschieber F. H. Schwarz, Arbeiter F. H. Cordes, Maurer C. D. F. G. W. Höst, 17. Versicherungsbeamter H. A. F. Potenzen, Arbeiter F. H. A. Suet, Schneidermeister H. H. F. Stemers, 18. Schlosser C. D. C. Paebel, Handlungsgelilfe F. M. Klebe, Dentist Ch. F. A. Schacht, 19. Zimmermann W. Feuerlein, Redakteur F. O. Bachmann, 20. Schmelz F. W. Schumk, 21. Sändler B. Rauch, Arbeiter K. J. Domian, 24. Schneider F. W. Bahlow, Tischler C. G. F. Rothländer, Schriftföher F. H. A. Wollin, 25. Kellner W. G. J. Stöckand, 26. Arbeiter L. Kurowski.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

15. Arbeiter C. H. C. Burmeister, Maurer C. G. F. L. Ch. W. Höst, 17. Tischler C. R. J. Fanger, Arbeiter W. F. R. Woll, Glaser W. G. J. Dahl, Montagemeister F. L. Jäger, 18. Kostenträger F. G. Wittern, Güterbodenarbeiter H. D. Walter (Zwillinger), 19. Korbmacher L. Rodde, 20. Versicherungsbeamter C. R. G. Jasper, Arbeiter H. F. D. Dierck, 21. Navigationslehrer F. Krausz, 22. Oberkellner H. C. W. Bollenstein, Kutscher F. F. J. Ch. Riehoff, Schummann C. W. F. Hartwich, 22. Profurist H. G. Möller, Lagermeister G. F. C. Lettow, Arbeiter F. H. A. Westphal, Bäcker M. G. H. Metelmann, 25. Güterbodenarbeiter F. H. W. D. S. Arbeiter C. H. Günther.

Zugordnete Anzeigebote.

21. März. Geschäftsführender W. L. F. Müller in Schwerin und M. G. E. Feldszus, Zimmermann R. H. A. Dohrmann in Hamburg und M. F. L. Schulze, Maurer G. Baymann und F. W. E. Johannis, Haus- und Gütermüller F. Chr. Konrad und die geschiedene C. Eckert geb. Kohn, Träger P. J. H. Jabs und C. W. L. Lunow, Buchbinder H. P. Thimmiller und F. C. Steinbach, Dreher D. L. B. Etüwe und M. W. D. Gegeren, Maurer F. R. W. Steber und G. M. Stehr in Neuenfelde, Arbeiter F. H. Kaetelhahn und Witwe A. M. Salowski geb. Drosien, 22. Former G. C. F. Pagel und A. Chr. C. Luade in Friedrichsdorf, Arbeiter M. F. L. Petersen und G. B. A. Brodmöller, Koch M. F. Gelfinger und A. D. S. Milsom, Schlosser G. L. W. Heitmann und M. C. J. Wachsbaum, Arbeiter Th. J. M. Beeremann und C. B. A. Lehmann, Arbeiter F. H. F. Gagestein und F. S. Chr. Burmeister, Former F. H. Blüthgen und M. W. M. Schmehl, Rigatrenmacher W. G. W. F. Schulz und A. A. H. C. Martens, Zimmermann F. W. G. H. R. Schmehl und A. C. M. J. Baack, Schlachter G. H. S. Scheffer und L. M. C. Meermann, 23. Geschäftsführender F. B. W. Bogatz, und D. Fröhlich, Arbeiter F. H. F. Schulz in Hornsfort und Chr. A. M. Kowig, Former G. P. Böhme und G. P. C. Glau, Arbeiter L. F. F. Drogies und S. M. C. Behnt, Schlachter C. L. M. Kögel und F. L. Ahrens, Schlosser F. A. H. Schulz und A. F. M. Mene, Arbeiter C. A. Port und F. F. Schaeding, beide in Oldesloe, 24. Arbeiter F. W. H. D. Wecherer und G. M. W. genannt M. Koptin, Schmied R. C. F. Wiedstrud und M. C. G. Busback, Müller C. H. Sonntag und M. C. R. Bechtold in Coburg, 25. Architekt G. P. Möller in Berlin und C. G. F. C. Westfahl, Arbeiter C. F. Böfenhauer und M. H. D. genannt Frida Engelbrecht, Maschinenschlosser F. H. W. J. Schüz und C. M. Steinbock, Gärtner F. C. Chr. Siggelfow und D. G. C. Schmidt.

Eheschließungen.

22. März. Präparandenlehrer M. W. Verdieck in Apenrade und F. B. A. J. Appelberg, Lehrer G. A. R. Schorff und R. G. Meyer, Regisseur R. W. D. Bauer und L. M. Schmidt, Postbote M. W. Seidel und Witwe C. A. B. Wilde geb. Schmidt, Müllergehilfe F. H. M. Brigg in Giehlermühlen und A. D. S. Kolz in Schmachhagen, 23. Gärtner W. Chr. F. Nehlsen und M. L. Reich, Geschäftsführender D. W. F. Fehder in Bremen und G. M. C. Ketter, Buchhalter F. H. D. Weiss und C. Kühn, Buchhalter J. M. Th. Kaminholz und Witwe F. C. C. Kühlemann geb. Hansen, Eisenbahn-Diätar G. A. Schmidt und Witwe C. D. M. M. Chr. Petersen geb. Grühmacker, 26. Bezirksfeldwebel F. W. G. Heibelmann in Karlsruhe und D. F. J. Gressmühl, Maschinenschlosser M. Bleuß und B. C. H. Buchdruckergelilfe W. G. F. W. Köpcke in Hamburg und D. M. M. Lüth in Altona.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 29. März 1910.

Der Wortführer Präses Dimpker eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Minuten.

Vom Verein der Gast- und Schankwirte ist dem Wortführer eine Eingabe zugegangen. Die Kommission für die Wasserversorgung der Hellanstalt in Strecknis hat die Arbeiten beendet.

Senator Dr. Fehling gibt bekannt, daß der Senat der Abänderung des Bürgerrechtsbeschlusses betr. Anstellung von Oberlehrerinnen an der Ernestinenschule beigetreten ist.

Der erste Senatsantrag betrifft den Vertrag mit dem Bauunternehmer Bordier wegen einer Erbpachtstelle in Israelsdorf; er wird debattelos genehmigt.

Es folgt die Beratung über den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der freien und Hansestadt Lübeck und Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1910.

Nach einigen Berichtigungen zu dem Voranschlag seitens des Wortführers bittet

Schiemann, seine Morgenstunden abzuhalten, die für die Geschäftsleute in der Bürgerschaft nachteilig seien.

Der Wortführer und Senatskommissar Dr. Fehling sind für Morgenstunden.

Die Teile bedauern die späte Einbringung der Budgetvorlage.

Nichwald erfaßt, den Wünschen des Wortführers zu folgen.

Schiemann tritt nochmals für seine Anrede ein, damit jedem Mitgliede die Möglichkeit gegeben sei, an den wichtigen Sitzungen teilnehmen zu können.

Mug. Hove ist ebenfalls für Abendstunden und wünscht Abstimmung darüber.

Effinger schlägt vor, die Sitzungen event. um 4 oder 5 Uhr nachmittags zu beginnen.

Für Morgen- und Abendstunden ergibt die Abstimmung einen Mehrheitsbeschluss.

Der ständige Senatskommissar Senator Dr. Fehling gibt einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung des Budgets im allgemeinen und erklärt den Zeitpunkt der Zusammenlegung des Budgets, zu der man sich früher nicht habe entschließen können, für gekommen. Die Verschmelzung sei nun vollzogen und es könne wohl gesagt werden, daß diese Aufgabe gelungen sei. Diese radikale Änderung wäre nicht ohne weiteres möglich gewesen, wenn wir ein Budgetgesetz hätten. Das Fehlen dieses Gesetzes habe die Aufgabe erleichtert. Die Gestaltung des Budgets werde wohl noch weitere Wandlungen durchmachen, doch möchte er dem Erlaß eines Budgetgesetzes nicht das Wort reden. Redner geht auf den Ursprung des Budgets vom Jahre 1848-49 ein, das eine wirklich sachliche Durchführung im Ordinarium und Extraordinarium nicht hatte. Der eingehende Bericht der Allgemeinen Armenanstalt in diesem Jahre zeige, daß das Vermögen der Armenanstalt in die Staatskasse übergegangen sei. Das Vermögen dieser Anstalt habe sich durch kluge Verwaltung um das Sechsfache vermehrt. Das Budget ist jetzt in angemessene Formen gebracht und der Senat betrachte es nur als einen Anfang; die Vereinfachung der Verwaltung sei dadurch gegeben.

Dr. Wenda gibt ein Referat über die Stellung des Bürgerausschusses zu der Budgetvorlage. Die Budgetkommission ist der Ansicht, daß die Zusammenziehung der beiden Budgets sehr notwendig war. Die vom Senate vorgeschlagene Neugestaltung hat die Kommission dazu gedrängt, die Frage aufzuwerfen, ob nicht noch weitere Änderungen vorzunehmen sind. Eine Übereinstimmung zwischen Senat und Bürgerausschuß ist nicht in allen Fragen gelungen. Es müßte auffallen, daß der Senat nicht die erheblichen Ausgaben eingestellt hat, die im nächsten Jahre nötig sind, nämlich die Summe zum neuen Beamtenbesoldungsetat. Es ist nicht möglich, solche Zuschüsse lediglich

lich durch Zuschlag zur Einkommensteuer zu decken. Der Senat ist mit dem Bürgerausschuß der Überzeugung, daß die Erhöhung der Beamtengehälter mit dem 1. April 1910 eingeführt werden muß; wenn das der Fall ist, muß diese Position im Betrage von 400 000 Mark eben ins Budget eingestellt werden. Wir haben Abstriche bei verschiedenen Posten gemacht, bis es gelang, dauernde Mehreinnahmen einzuführen. Die Position von 100 000 Mark für Schulbauten ist seit 1894 eingestellt, aber sie war nur bestimmt zum Neubau von Volksschulen. Der Senat wünscht diese Summe wieder eingestellt zu sehen. Auch diesmal hat der Bürgerausschuß keineswegs ausgesprochen, diese Summe sei nun für immer zu streichen. Nur für dies eine Jahr soll sie gestrichen werden. Die Summen für Vergrößerungen und Verbesserungen der Schulen gehören ins Budget der Bau-deputation. Der Senat will wohl die Erhöhung der Beamtengehälter vom 1. April ab, aber Mittel stellt er nicht dafür im Budget ein. Wenn Bürgerschaft und Senat darin übereinstimmen, die Besoldungserhöhung durchzuführen, müssen Mittel dafür gefunden werden. Vorzuziehen ist, die Summe jetzt einzustellen. Dauernde Steuerzuschläge können nicht gemacht werden. Für dieses Jahr ist es gut, wenn die Erhöhung der Einkommensteuer um 15 bis 20 Proz. vorgenommen wird.

Senator Dr. Fehling bittet den Vorschlägen Dr. Wendas nicht zu folgen. Der Kern der Sache wird durch diese Ausführungen nicht ganz berührt. Die Unklarheit des Kommissionsberichts liegt darin, daß die Deckungsfrage nicht genügend berücksichtigt sei. Das Ergebnis der Beratung des Bürgerausschusses ist die Dr. Fehlsche Resolution, die besagt, daß zur Deckung der Erhöhung der Beamtengehälter neue dauernde Einnahmequellen gesucht werden müssen. Der Senat hat erklärt, daß die Aufbesserung der Gehälter mit Wirkung vom 1. April 1910 eintritt. Senat und Bürgerschaft sind einig darüber, daß der Beamtenbesoldungsetat sobald als möglich eingeführt werde, und daß die Mittel hierfür aufzubringen sind. Ein zwingender sachlicher Grund, den Beamtenbesoldungsetat mit dem Budget zu verbinden, liegt nicht vor. Für den abgelaufenen Zeitraum zur Deckung wird man den Kapitalfonds des Staates heranziehen müssen. Die ungefähre Schätzung des Bürgerausschusses ist nicht unbedenklich. In dem Kommissionsvorschlag liegt die Bestreitung, daß eine dauernde Mehrbelastung der Einkommensteuer eintritt. Wir müssen uns in Steuerfragen nach den Nachbarkräften richten, wenn keine Abänderung von Rentnern eintreten soll. Redner bittet die Bürgerschaft dringend, die 100 000 Mk. für Volksschulneubauten nicht abzuschneiden. Die Kosten für Schulbauten seien mit geringen Ausnahmen aus der Reservekasse genommen worden. Erst als die Anforderungen größer wurden, sind besondere Beträge ins Budget eingestellt worden. Er führt die Erlasse anderer Staaten an, die sich mit Schulbauten beschäftigen und stellt sie mit Lübecker Verhältnissen in Vergleich. Die ganze Last für Volksschulneubauten auf Anleihenmittel zu nehmen, wäre verfehlt.

Schwartz gibt dem Bedauern Ausdruck, daß die Ausführungen des Senatskommissars nicht in Form einer Druckschrift den Bürgerausschussmitgliedern zugegangen sind. Bei den schlechten akustischen Verhältnissen im Saale sei die Rede des Senatskommissars zum Teil verloren gegangen. Gätten die Mitglieder der Bürgerschaft eine derartige Druckschrift zur Verfügung, so würde dadurch die Generaldiskussion wesentlich abgekürzt werden und nicht viel mehr Unkosten entstehen.

Stelling moniert, daß das Budget erst in letzter Stunde zur Beratung kommt. Es stehen nur drei Tage zur Verfügung, und in dieser Zeit soll und muß das Budget beschlossen werden. In der Folge müsse darauf gedrungen werden, daß es eher zur Beratung gelange. Wenn die Beratung über das Anle gebrochen werde (Zwischenruf: Oh!) sei die Möglichkeit genommen, das Budget so zu beraten, wie es notwendig sei. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Behörden in der Folge schneller arbeiten. Durch die Morgenstunden werden den Geschäftsleuten Schädigungen erwachsen. Ich bin vollständig damit einverstanden, daß mit dem alten System der Einzelführung

des Budgets des Staats und der Stadt gebrochen wird. Dem Ersuchen des Bürgerausschusses wird hoffentlich bald entsprochen, daß die Armenanstalt als selbständige Anstalt aufhöret und das Budget der allgemeinen Wohltätigkeitsanstalten mit dem Staatsbudget organisch verbunden wird. Der dritte Antrag des Bürgerausschusses betr. die ländlichen Schulverhältnisse und Schulkosten kann die Bürgerschaft auch entscheiden und der Frage näher treten, wo eine Besserung eintreten kann. Ich bin der Überzeugung, daß trotz der schönen Lebensarten der Staatsbeamten in finanzieller Beziehung verfahren ist. Der Abschluß des diesjährigen Budgets kann niemand befriedigen. Wenn es so weiter geht, brauchen wir später eine Erhöhung der Einkommensteuer nicht nur um 20, sondern 30 bis 40 Prozent. Es sollen Steuern bewilligt werden, die in andern Ländern als abgetan gelten. Alle schönen Reden von der Sparsamkeit haben nichts genützt, das Defizit ist ein großes. Der Senatskommissar hat mich nicht davon überzeugt, daß die Erhöhung der Beamtengehälter nicht in das diesjährige Budget hineingeht. Es ist finanziell richtig, wenn Unkosten bevorzugen, diese ins Budget aufzunehmen.

Die Einnahmen und Ausgaben müssen einander gegenübergestellt werden. Der Anstalt kann ich mich nicht anschließen, die kürzlich in den „Lübischen Blättern“ propagiert wurde, und die wahrscheinlich einem Senatsmitgliede nicht ferne stehen, daß, wenn für die Beamtengehälter 400 000 Mk. im Kapitel: Nachträgliche Bewilligungen eingestellt werden und dieses Kapitel nicht ausreicht, eben nachbewilligt werden muß; daß ist ein ungangbarer Weg, der ebenso wie der vom Senat vorgeschlagene Weg, die Einkommenserhöhung der Gewerbesteuer bezweckt. Wird die Gewerbesteuer abgelehnt, hat dann der Senat andere Vorschläge? Dann kann ein Zuschlag zur Einkommensteuer doch nicht mehr erhoben werden. Aber was soll dann geschehen? Es ist schon manches geschluckt worden, gegen das man sich vorher entschieden ausgesprochen hat. Vielleicht hofft man, daß es auch bei der Gewerbesteuer geschieht. Der Nichtstreichen der 100 000 Mk. für Volksschulneubauten kann ich mich nicht anschließen. Gestern las ich wieder einen Artikel in den „Lübischen Blättern“, der dem Senat ebenfalls nicht ferne steht, in dem dargelegt wird, wie die Verhältnisse mit den Schulbauten liegen. Es wird hier also offiziell für die Aufklärung der öffentlichen Meinung gefordert. In diesem Artikel wird mit Recht betont, daß die 100 000 Mk. unbedingt für Volksschulbauten ins Budget eingestellt werden müßten. Die Folge ist dem Senat, während ich in bezug auf die Einstellung der Mittel für die Erhöhung der Beamtengehälter dem Bürgerausschuß folge. Die Bürgerschaft sollte sich überlegen, ob sie in letzterem Punkte dem vom Senat vorgeschlagenen Weg folgen soll. Die Gewerbesteuer belastet die Bevölkerung am meisten, die schon genug belastet worden ist vom Schnapsbrot durch die sogenannte Reichsfinanzreform. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Anfrage an den Senat richten, wie er sich zur Reichsfinanzreform gestellt hat. — Der Senatsantrag, die Einkommensteuer um 15 Proz. zu erhöhen, hat etwas Verlockendes für sich, dem man aber nicht folgen kann, denn das dicke Ende kommt nach. Ich bin dafür daß 20 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden, aber nur für Einkommen über 2000 Mk. Die Gründe für meinen Antrag sind beweiskräftig. In Lübeck hat man ein Wahlrecht geschaffen, das die größte Klasse der Bürger für minderen Rechts erklärt, da ist es nicht mehr als recht und billig, wenn diejenigen vom Zuschlag befreit werden, denen man ihre Rechte beschneiden hat. Einen Wahlrechtsantrag werden wir nicht heute, sondern zu gegebener Zeit stellen. Es sind manche Herren in der Bürgerschaft, die bei jeder Gelegenheit betonen, für ein freies Wahlrecht zu sein. Diese Herren haben in einem Schreiben an ihre Parteipresse erklärt, daß in Lübeck eine Änderung des Wahlrechts notwendig war, wollte man nicht die ganze gesetzgeberische Tätigkeit den Sozialdemokraten überantworten. Die Parteileitung hat daraufhin zu erkennen gegeben, daß die Forderung des Parteiprogramms hinsichtlich des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts der besonderen Verhältnisse halber auf die Hansestädte keine Anwendung finden soll. Ein solches Verhalten

„Soldaten sein schön!“

Bilder aus Kaserne und Bazarett.
Von Karl Fischer.

(I. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
Die Zeit bis zur Abreise Wolters in seine Garnison verging schnell in Vorbereitung für den Militärdienst. Jede Minute war den beiden Männern heilig, die sie noch beisammen sein konnten. Es war rührend, in welcher liebevoller Weise Grete ihren Trennungsschmerz ihm verheimlichte und den Militärdienst ihm gegenüber als leicht erträglich hinzustellen suchte. Sie hatte so festes Vertrauen auf seine Energie und Anpassungsfähigkeit, daß sie seiner Dienstzeit nicht zu ängstlich entgegen sah.

Der Tag des Scheidens war da.
Seinen kleinen Soldatenkoffer in der Hand erwartete Wolter mit seiner Braut auf dem Bahnhofe die Abfahrt des Zuges. Sie hatten sich nichts mehr zu sagen. Schweigend lagen sie im Wartesaal nebeneinander. Die Bahnhofsräume füllten sich mit Rekruten, die wohlgeimt lärmend auf den Moment warteten, wo der Zug sie aufnahm. Finster sah Wolter die zusammengewürfelte Gesellschaft an, mit der er also zwei volle Jahre für sich nehmen sollte. In den Augen seiner Braut, die wohl Wolters Gedanken auf seinem Gesicht las, glänzten zwei große Tränen.

Das Zeichen zur Abfahrt schrieelte beide auf.
Wolter konnte, aus dem Kupefenster blickend, beim Darvorrollen des Zuges noch lange die ihm so vertraute Gestalt sehen, wie sie langsam seinen Augen entwand.

Was wurde auf der Fahrt von seinen Reisegefährten für Motria getrieben! Gesungen und geschrien, daß man sein eigenes Wort kaum verstand.

Jeder hatte ein kleines Köfferchen oder Kistchen bei sich, das vollgepackt war mit Wäsche, Schuhen und notwendigen Kleinigkeiten. Gefüllte Schnapsflaschen machten die Runde.

Alles war in ausgelassener Stimmung.
Einzelne vom Bier und Branntwein schon heiser gewordene Stimmen fingen an zu singen, und die meisten andern wurden durch den Strudel mitgerissen und stimmten mit ein.

„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen,
Sterben wie ein tapf'rer He—e—ld!
Siegreich — — —“

Sobald der Zug irgendwo hielt, wurden die Mägen und Güte zum Fenster hinausgeschmetzt und jeder angerufen und begrüßt, als bedeuete das Ganze eine feuchtfröhliche Sonntagsfahrt.

Nur einigen wollte diese lustige Stimmung nicht kommen. Wolter war in seinen Gedanken mit der kommenden Zeit beschäftigt. Widerlich berührte ihn diese Branntweinbegeisterung.

Als sie in der Garnison angekommen waren, trat allmählich Ruhe ein. Auf dem Bahnhof wurden die neuen Rekruten in Empfang genommen und mit Muff durch die Stadt nach einem großen Exerzierplatz geführt, wo schon die Abordnungen der einzelnen Kompagnien bereit standen. Mitten auf dem Platz hinter einem Tisch standen die Adjutanten und einige Offiziere des Regiments. Jeder einzelne wurde nun aufgerufen und seiner Kompagnie zugeteilt. Bei dem militärischen Ton, der dabei herrschte, wurde manchem schon unheimlich zumute. Ängstlich blickten sie sich an und fanden nur darin Trost, daß sie nicht die einzigen waren.

„Ruhe!“ rief ein Adjutant über den Platz, als die Rekruten, denen das Warten und die Ungewißheit ihrer Bestimmung schon zu langweilig wurde, anfangen zu reden. „Wer noch einmal das Maul aufmacht, fliegt auf drei Tage ins Loch!“

Das war für die armen Kerle ein ganz gehöriger Dämpfer.

Wolter mußte unwillkürlich an das Lied im Eisenbahnwagen denken:

„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen,
Sterben wie ein tapf'rer Held!“

Nach dem Verteilen rückten die Kompagnien ab in die betreffenden Kasernen.

Wolter war der ersten Kompagnie zugeteilt.

In dem Eingang zu Wolters Kompagnie hatten sich alle Unteroffiziere der Kompagnie aufgestellt und machten Wege über das „junge Gemüße“, wie sie die neuankommenden Rekruten zu nennen beliebten. Links und rechts vom Portal hatten sie sich postiert, so daß die durchgehenden Rekruten förmlich Spießruten laufen mußten. Wolter sah sich im Vorübergehen die Gesichter der Kerle nach an. Es war ihm, als ob sich die Unteroffiziere mit grinsenden Miene zum Hohne der neuen Mannschaft aufgestellt hätten. Die meisten

der jungen Rekruten gingen niedergeschlagen durchs Tor. Zum Trost zwang sich Wolter und blickte den Unteroffizieren finster in die Augen.

Im Revierkorridor kam die Verteilung in die einzelnen Stuben.

Mit noch elf Mann befand sich Wolter endlich in dem Raume, der für seine Korporalschaft auserschen war. Er war noch nie in einer Kaserne gewesen. So unwirlich war die Einrichtung der Stube, daß ihn innerlich schauderte. Die Kaserne mußte früher den Teil einer Festung gebildet haben. Alles diente, nach oben zu sich runde Wände, die mit hellgrauer Kalkfarbe angestrichen waren. Auf der einen Seite der ziemlich kleinen Stube standen in einer Reihe höchst einfach aussehende Schränke und auf der andern die zu zweit übereinander gestellten eisernen Bettstellen. Links vom Fenster waren vier solcher Doppelschränke so aufgestellt, daß sich hinter diesen ein kleines Extrakabinett bildete, das, wie Wolter dachte, der Verfall des Korporalschaftsführers sein mußte.

In der Mitte des Zimmers stand ein ungehobelter, abgenutzter Tisch, um den herum zwölf vierbeinige Stühle standen.

Alle Rekruten waren sichtlich froh, sich endlich setzen zu können. Eingeschüchtert und ängstlich gemacht, wagte keiner ein Wort zu sagen. Neugierig blickten sie sich die neue Umgebung an. Mißmutig überflogen sie mit den Augen das militärisch einfache Mobiliar.

Der Unteroffizier der Stube und Korporalschaftsführer der zwölf Mann mußte nach seinem Ansehen ein harmloser Mensch sein, trotz des großen Schnauzbarts, den er sich hatte wachsen lassen. Er fragte jeden einzelnen in wohlwollendem, herablassendem Dienstton, der den früheren Bauer verriet, nach seinem Nationalen.

So miserabel elend Wolter zumute war, suchte er doch zu ergründen, mit was für Menschen er nun zusammen zu leben hatte. Beim Unteroffizier war er mit seinem Urteil bald fertig. Von dem würde er wohl nichts zu fürchten haben. Wie der Unteroffizier sich nach seiner Herkunft und Berufsart erkundigte, legte er sich eine gewisse Reserve auf. So viel konnte er wahrnehmen, daß er bei Wolter es mit einem gebildeten Menschen zu tun hatte. Schon in seiner Kleidung, trotzdem sie einfach war, hob sich Wolter von den andern ab.

(Fortsetzung folgt.)

Ist ein Verrat am Liberalismus. — Es ist nicht mehr als recht und billig, wenn die rechtlichen Schichten vom Zuschlag befreit werden. Ungleiches Recht soll man nicht gleiche Pflichten gegenüberstellen. Das tut man aber, wenn der Zuschlag von 1200 Mk. ab schon erhoben wird. Die Frage ist rechtlich zu prüfen, wie ohne Schädigung die größeren Einkommen heranzuziehen sind. Es soll nicht alles auf die breiten Schichten abgewälzt werden. Den Arbeitern ist die Einkommensmöglichkeit beschränkt; im Hochlohnwerk, an dem der Staat beteiligt ist, werden vorzugsweise fremde Arbeiter eingestellt. In Zeiten der Arbeitslosigkeit wird dem Arbeiter also noch die Erwerbsmöglichkeit beschränkt, und er mit schönen Redensarten abgespeist. Die Frage der Arbeitslosenversicherung hängt damit eng zusammen. Der Senat hat die Pflicht einzugreifen und die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Wenn heute nicht mehr Geld herrscht bei der großen Arbeitslosigkeit, so ist dies den Gewerkschaften zu verdanken, die 1908 von ihren Beiträgen pro Kopf der Gewerkschaftler 6 Mk. für die Arbeitslosen aufwendeten; daraus können Sie ersehen, daß die Gewerkschaftsbewegung eine Kulturbewegung ist. Aber die Gewerkschaften sollen nicht allein die Kosten tragen, die ihnen durch die kapitalistische Wirtschaftsweise auferlegt werden. Die Landwirte gehen, wenn sie glauben, mit ihren Preisen nicht auskommen zu können, in den Ruf nach Erleichterung und schreiben so lange, bis ihnen von der Regierung durch neue Zölle geholfen wird. Der Redner beipricht die Frage der Arbeitslosenversicherung ausführlich und weist auf die verschiedenen Städte hin, die dies und jenes System schon eingeführt haben. Eng verbunden mit der Arbeitslosenversicherung ist der Arbeitsnachweis. In Lübeck soll man sich ja schon mit dieser Frage befaßt haben. Es ist notwendig, daß wir für die sorgen, welche unichuldig in Not und Elend gekommen und Opfer der heutigen verkehrten Produktionsweise geworden sind. Redner bringt einen Antrag ein, eine staatliche Arbeitslosenversicherung einzuführen und ersucht um Annahme desselben.

Der Senatskommissar Dr. Fehling wünscht, daß der Antrag betr. Arbeitslosenversicherung an den Bürgerausschuß überwiesen würde und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß so eingehend von der äußersten Linken am Budget gearbeitet wird. Die vom Vorredner angezogenen Artikel sind offensichtlich nicht geschrieben. Die Leitung der Budgetbearbeitung wechselt verständig. Der Senat ist mit seinem Vorschlag der Meinung gewesen, daß er nicht mit allen Änderungen Anstoss finden werde. Widerprechen muß ich Stellung, daß unsere Staatsfinanzen verfahren seien. Geschwindigkeit haben wir in keinem Punkte. Die Budgetfrage Lübecks ist eine ernste. Aber der gemeinsamen Arbeit von Senat und Bürgererschaft wird es gelingen, eine Besserung herbeizuführen. Auf die Anfrage der Reichsfinanzreform kann ich eine Auskunft nur geben, wenn die Bürgererschaft in ihrer Gesamtheit das verlangt.

Senator Kabe: Eine Vermögenssteuer haben wir schon in Form der Erbschaftssteuer. Wenn solche Äußerungen wie die Stellungen fallen, wirken sie abschreckend auf den Zugang der Rentner.

Schenburg stimmt den Ausführungen Dr. Wendas zu. Nach seiner Überzeugung befreit der Senat, daß für den Fall neuer Einnahmequellen die Erhöhung der Einkommensteuer eine dauernde werde. Wenn die Bürgererschaft der Beamtengehältererhöhung zustimmt und der Senat bleibt fest, liegt die Gefahr einer dauernden Einkommensteuerverhöhung nicht vor. Den Kapitalfonds des Staates brauchen wir nicht zu belasten, wenn der Betrag durch andere Mittel gedeckt werden kann. Der Betrag für Volksschulbauten kann wohl dies eine Jahr geirrt werden. In früheren Jahren sind bedeutende Summen für Verbesserung der Schulbauten verwendet worden, die im Budget der Baudeputation aufgeführt werden. Mit 20 Proz. Einkommensteuerverhöhung würden wir nicht auskommen.

Senator Kabe macht auf die Unterschiebe von den Auffassungen des Senates und Bürgerausschusses aufmerksam. Wenn die 100 000 Mk. für Schulbauten nicht eingesetzt werden, müssen wir 29 000 Mk., die bereits ausgegeben sind, ins Budget einstellen.

Senator Fehling gibt die Ausgaben bekannt, die für Volksschulen ausgegeben wurden.

Heintze regt an, die Ausgaben zu vermindern und empfiehlt seinen früher eingebrachten Antrag betr. Reorganisation der Verwaltungsbehörden. Es müßte eine gemeinsame Kommission eingesetzt werden, die eine Reorganisation der Verwaltung bezweckt. Das Objekt ist groß genug, um die Frage anzuschneiden. Unsere Verwaltungskosten sind größer als in anderen Städten; dies liegt in der Selbstständigkeit unseres Staatswesens; sie sind jedoch zu groß. Es sind hier über 1000 festangestellte Beamte, ohne die Reichs- und Hilfsbeamten. Danach entfällt auf 40 bis 50 Einwohner 1 Beamter. An Verwaltungsausgaben für festangestellte Beamte werden 1 Million Mark angewendet, 1/2 Million für Hilfsarbeiter usw. Unsere Verwaltungsform ist keine hochmoderne, sie ist seit 1848 nahezu dieselbe geblieben; damals war sie vorzüglich. Die eingeführten Deputationen leisteten Gutes; aber diese Verhältnisse haben sich wesentlich verschoben; die Tätigkeit der Deputationen ist eine andere geworden; sie haben sich zu sogenannten Ministerien ausgebildet. Daraus erklärt sich das große Anwachsen des Beamtenetats. Es ist eine Dezentralisation eingetreten, und in einem Stadtstaat ist gerade das Gegenteil nötig. Im Rassenwesen läßt sich durch das Zusammenfassen Wesentliches erreichen. Redner weist auf die Syndikate und Trusts hin, die nicht entstanden seien, um durch gemeinsame Maßnahme aus der Haut des Volkes Kiemen zu schneiden, um eine wesentliche Vereinfachung und Sparsamkeit der Verwaltung herbeizuführen. Eine Verringerung der Hilfsarbeiter muß eintreten. Es sind Hilfsarbeiter entlassen worden mit der Begründung einer Äußerung, die in der Bürgererschaft gefallen sei, das sei eine mißverständliche Auffassung seines Antrages. Auch die Zahl der festangestellten Beamten kann bei der Zentralisation verringert werden. Für die Mehrarbeit, die dem einzelnen aufgebürdet wird, kann derselben eine bessere Remuneration gegeben werden. Mein Antrag ist also nicht beamtenfeindlich. Es soll nicht allein dem Senat überlassen bleiben, diese Reform durchzuführen, sondern eine gemeinsame Kommission soll diese durchführen. Redner ersucht um Annahme seines Antrages.

Senator Dr. Fehling: Die angeschnittene Frage ist sehr ernst und der Senat hat sie geprüft. Es ist aber eine große Botschaft nötig, wenn man nicht ins Uferlose schweifen will. Einige praktische Vorschläge hätte der Vorredner anführen müssen. Der Senat wird der Bürgererschaft bald eine Erklärung abgeben lassen.

Schiemann richtet die Bitte an den Senat, daß beim nächstjährigen Etat jedem Mitgliede die Gelegenheit gegeben werde, an den Verhandlungen teilzunehmen zu können, ein höheres Urteil über das Budget habe er wegen der kurzen Zeit sich nicht bilden können. Den Senat leitet wohl die Ansicht, daß die Gewerbesteuer angenommen wird. Redner hebt auf dem Standpunkt, daß die Gewerbesteuer vorläge zu beschreiben heute Zeitverschwendung wäre; wenn die Selber beschaft werden müssen, bleibt nichts anderes übrig als die Annahme der Erhöhung der Einkommensteuer. Bezüglich der Ausgaben für Volksschulbauten bin ich der Ansicht, daß es sich um eine Ausgabe handelt, die gemacht werden muß.

Rechnen Sie die 100 000 Mk. dieses Jahr ab, muß nächstes Jahr die doppelte Summe eingestrichelt werden. Die Erhöhung der Einkommensteuer macht 28 Proz. aus; die Ausgabe muß gemacht und bezahlt werden. Die Arbeitslosenversicherung ist von großer Wichtigkeit; wenn wir über diese Frage sprechen wollen, müssen wir erst in die Materie eingeweiht sein. Es kommt nicht in Betracht, ob sie von sozialdemokratischer oder bürgerlicher Seite kommt, und sie wird auch hier nicht anders behandelt. Aber sie muß reichsgesetzlich geregelt werden.

Wom Senatsseite folgen Erklärungen, die aber am Pressefisch nur zum Teil verständlich sind.

Senator Kabe bekräftigt die Absicht des Senats der Verquickung der Gewerbesteuern mit dem Beamtenbesoldungsetat.

Buchwald ist gegen die Streichung der 100 000 Mk. Wenn wir jetzt damit beginnen, machen wir es später wieder. Am Schlusse des Jahres werden wir mit einem größeren Defizit abschließen, als Sie glauben. Mit dem Antrag Thiel ist Redner einverstanden und bedauert den öfteren Wechsel in dem Präsidium der Verwaltung. Die Rentnerfrage wird vom Redner angeschnitten. Er hebt hervor, daß der Einfluß der Rentner in wirtschaftlicher Beziehung von großer Bedeutung sei. Die Rentner verbrauchen mindestens 4 1/2 Millionen Mark hier. Die Vorteile, die Lübeck den Rentnern an Schulen und schöner Umgebung bietet, bieten ihnen auch die anderen Städte. Aber in erster Linie ist es die niedrige Steuer, die die Rentner hier festhält.

Stellung freut sich, daß das Budget in Zukunft früher hergestellt werden soll, bedauert aber, daß ihm vom Senat eine Antwort auf seine Anfrage betreffend die Stellung Lübecks zur sogenannten Reichsfinanzreform nicht zuteil wurde. Lübecks Regierung habe demnach jedenfalls dazu beigetragen, die Reichsfinanzreform, die so schwer auf den breiten Volksschichten lastet, durchzubringen. Wenn unsere Budgetlage so ernst ist, sollte man in der Reichspolitik doppelt vorsichtig sein, zum mindesten, wenn durch die Reichspolitik Geld zum Fenster hinausgeworfen wird für Zwecke, die der Allgemeinheit nichts nützen, sondern vielmehr schaden. Zur Frage der Erbschaftsteuer übergehend betont Redner, daß gerade im Fürstentum Lübeck und im Herzogtum Oldenburg eine solche erhoben würde. Eine Befürchtung, daß die Rentner fortziehen in die Nachbarstädte, ist unbegründet; man könne nicht einfach erklären, wegen der Rentner sei eine Steuererhöhung nicht angebracht. Die Vergleiche mit anderen Städten und Staaten sprechen zu unseren Gunsten. Die Leute, die immer den Patriotismus im Munde führen, sollen auch mehr zu den Kosten des Staates beitragen. Es heißt immer, der Frang, den Arbeitern zu helfen, sei in Lübeck vorhanden; aber man kennt keine Pappenheimer. Wenn es sich darum handelt, den herrschenden Klassen etwas zuzuführen, ist man gleich bereit, für die Arbeiter aber vermisst man das Entgegenkommen. Wenn vom Reiche bezüglich der Arbeitslosenversicherung nichts unternommen wird, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als es so zu machen, wie andere Staaten und Gemeinden. Die Arbeitslosenversicherung ist bereits heute diskutabel; sie wird und muß kommen. Wenn ich den Antrag als Initiativantrag auf die Tagesordnung setzen lasse, dauert es Monate, ehe er zur Beratung gelangt, dann ist es Winter und die Arbeitslosigkeit wieder groß. Geht der Antrag jetzt an den Senat, kann uns dieser ja baldigt eine entsprechende Vorlage zugehen lassen. Es ist auch von der demokratischen Verfassung unseres Staatswesens das Wort gefallen: Unsere jetzige Verfassung ist alles andere als demokratisch. Bei passender Zeit werden wir eine Änderung der Verfassung und des Klassenwahlrechts beantragen, dann haben die Liberalen hier im Hause Gelegenheit, offen Farbe zu bekennen. Ich erkenne den von Thiel eingebrachten Antrag als berechtigt an, aber wird er einer gemeinsamen Kommission überwiesen, die sich aus der Wähler des Bürgerausschusses zusammensetzt, so hat die Bürgererschaft in der Hauptache nichts mitzubestimmen. Allein auf Grund der Verfassung kann ich keinen andern Vorschlag machen. Ich schließe mich dem Ersuchen des Herrn Thiel an und hoffe, daß etwas Gutes dabei herauskommt.

Senator Dr. Fehling entgegnet Stellung: Die Auskunft über die Anfrage Stelling wird der Senat dann geben, wenn die Bürgererschaft es verlangt.

Klein: Ich will mich absolut nicht drücken zu der Frage der Arbeitslosenversicherung. Aber diese Frage hängt ab von der Errichtung eines zentralisierten paritätischen Arbeitsnachweises. Anträge über diese Fragen seien von den Freisinnigen im Reichstage schon längst gestellt. Die Gemeinden müssen in der Frage der Arbeitslosenversicherung selbständig vorgehen. Redner mündet sich, daß Stellung bei der Budgetberatung den Antrag gestellt hat. So wird er ein Begräbnis erster Klasse haben. Er hätte im Bürgerausschuß gestellt werden müssen. Dort seien die beiden sozialdemokratischen Mitglieder nicht bei der Budgetberatung anwesend gewesen. Es kommt darauf an, daß der Wille, der Sache näher zu treten, vorhanden ist.

Schiemann bekräftigt die Ausführungen des Senatskommissars, daß er über die Gewerbesteuer gesprochen habe. Lübeck sei in erster Linie eine Handelsstadt und die Rentner kommen erst in zweiter Linie. Nach den Ausführungen des Senats müßten wir noch einen viel höheren Steuerzuschlag haben. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung bemerkt Redner, daß er bereit ist, zu gegebener Zeit in eine Beratung einzutreten, wünscht aber nicht die Verquickung mit dem Budget.

Senator Kabe verpflichtet den Ausführungen des Vorredners bei, daß Lübeck in erster Linie eine Stadt des Handels, der Schifffahrt und des Gewerbes sei, bittet aber, aus den Ausführungen in Zukunft auch die Konsequenzen zu ziehen.

Fehling: Andere Vorschläge, als sie die Bürgerausschußkommission gemacht hat, konnten nicht gemacht werden. Dr. Wittern: Nach den Erklärungen des Senatskommissars sollte Herr Heintze seinen Antrag als erledigt betrachten. Man soll erst das Ergebnis der Vorarbeiten des Senats in dieser Angelegenheit abwarten.

Senator Kabe hätte vom Bürgerausschuß und der Kommission andere Vorschläge erwartet.

Jenne wünscht, daß die Rentner hierher kommen, eine abhaltende Wirkung tritt durch die Erhöhung der Steuer nicht ein. Die 100 000 Mk. für Schulbauten bekämpft Redner; es könne garnicht bewiesen werden, daß dieses Jahr die Summe nötig sei. Wenn eine Bevölkerungsvermehrung nicht stattfindet, brauche man auch keine neuen Schulhäuser. Redner ersucht, den Vorschlägen des Bürgerausschusses zu folgen und die 100 000 Mk. zu streichen. Die Zahl der Beamten ist fast halbiert, Senat und Bürgererschaft müssen danach streben, Maß zu halten und keine neuen Stellen zu schaffen. Die Bürgererschaft muß die größte Sparsamkeit üben.

Dr. Thiel (zur Geschäftsordnung) ersucht, heute die Bürgererschaft zu entlassen und das Budget der Betriebsanstalten nicht mehr vorzunehmen.

Senator Dr. Fehling: Der Appell, zu sparen, findet durchaus ein Echo beim Senat; es fällt schwer, für alle Ausgaben gleich neue Einnahmequellen zu schaffen, weil die guten Quellen vom Reich mit Beschlag belegt werden. Für die Position der Volksschulbauten tritt der Senatskommissar wiederholt ein; auch andere Staaten und Städte handeln nach dem gleichen Prinzip.

Senator Kabe: Das Finanzdepartement kann den Schritt, die 100 000 Mk. zu streichen, nicht mitmachen. Peter Kape erwidert Klein; hätte die Bürgererschaft von der sozialdemokratischen Fraktion drei Mitglieder in den Bürgerausschuß entsandt, wäre auch ein Mitglied bei der Beratung anwesend gewesen. Bruns war krank und er selbst sei, nachdem er 10 bis 11 Sitzungen hintereinander im Bürgerausschuß mitgemacht, geschäftlich verhindert gewesen, an den letzten Sitzungen teilzunehmen. Es sei merkwürdig, daß Klein den sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitgliedern Vorstellungen mache, wann und wie sie ihre Anträge stellen sollen. Das kann Klein beruhigt und überlassen; wir stellen die Anträge so und zu einer Zeit, wann wir es für richtig und zweckmäßig halten. Will Klein etwas für die Arbeiter tun, muß er für unsere Anträge stimmen.

Schiemann: Ich habe den Standpunkt schon früher vertreten, daß Lübeck als Handelsstadt zu gelten hat und daß Opfer gebracht werden müssen, um der Stadt die ihr gebührende Achtung zu verschaffen.

Heintze nimmt die Erklärung des Senats mit Freude wahr und hofft, daß sein Antrag beim Senat Gegenliebe finde; er ersucht wiederholt um dessen Annahme.

Lippert ersucht Herrn Thiel, seinen Antrag zurückzuziehen. Die Verwaltung hier ist so verschoben, daß es sogar für einen Beamten nicht möglich ist, auf den Grund der Organisation der Verwaltung einzubringen. Die Kommission könnte in drei Jahren nichts Ersprießliches hervorbringen. Ich habe früher hervorgehoben, die Quantität der Beamten müsse durch die Qualität verbessert werden, und heute ist der Senat auch schon zum Teil meiner Ansicht beigetreten. Die ganze Reorganisationsidee des Herrn Thiel ist zwecklos, so lange nicht eine einheitliche Beamtenausbildung stattfindet. Die Reorganisationsfähigkeit muß sich darauf beschränken, dem Anwachsen der Beamtenzahl vorzubeugen.

Schorer hält den Antrag Thiel für das Allerwertvollste. Die einzelnen Behörden müßten erst die Grundlinien entwickeln, wie die Reorganisation gemacht werden könnte. Aber dazu sind die einzelnen Senatoren sogar zu wenig orientiert.

Wichmann: Die Ausführungen Lipperts sprechen gerade dafür, eine Reorganisation herbeizuführen.

Dr. Thiel ersucht auch um Annahme des Thielschen Antrages. Wie der Antrag später zweckmäßig gestaltet werden soll, ist eine andere Frage.

Dr. Wittern ersucht jetzt auch, den Antrag Thiel anzunehmen.

Damit ist die Generaldebatte erschöpft. Der Antrag Stelling betr. die Arbeitslosenversicherung wird abgelehnt, derjenige von Thiel angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 10 Uhr. Schluß 10 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Korrigierte Strafmandate. In letzter Zeit ist dem Übereifer, mit dem so unendlich viele Strafmandate gegen Wahrscheinlichkeitsdemonstranten ausgestellt wurden, mancher erfrischende Dämpfer aufgesetzt worden. So wird wieder aus Breslau gemeldet, daß einem Maschinenarbeiter ein Strafbefehl über einen Monat Haft zugegangen war, weil er gefungen und hoch gerufen haben sollte, auf seinen Einspruch aber vom Schöffengericht auf 20 Mk. Geldstrafe erkannt sei. Ein anderer Breslauer, der sich am 20. Februar auf der Oderstraße auf die Aufforderung des Kommissars Thiele nicht rasch genug entfernt und schließlich in eine Haustür gestellt hatte, erhielt einen Strafbefehl auf eine Woche Haft lautend, der auch in 20 Mk. Geldstrafe umgewandelt wurde. Ein Görtlicher Schlosser hatte auch gegen einen Strafbefehl, der auf zwei Wochen Haft lautete, gerichtliche Entscheidung beantragt. Er soll, gegen das polizeiliche Verbot, über den Obermarkt gegangen sein. Erkannt wurde auf 20 Mk. Geldstrafe. In der Verhandlung wurde anerkannt, daß die organisierte Arbeiterschaft eine gewisse Disziplin befolge und zu Ausschreitungen weniger geneigt sei. Das ist schon wiederholt anerkannt und gleichfalls ist schon die Ruhestadt, daß überall da, wo die Polizei nicht war, die Ruhe und Sicherheit auch nicht gefährdet wurde. Ob die Dämpfer auf den Übereifer beim Ausstellen der Strafmandate nun auch auf die Aussteller der Mandate eine heilsame Wirkung ausüben werden, muß die Zukunft lehren.

Ein neues Parteiblatt für die Hinterpfalz. Eine gemeinsame Konferenz der drei hinterpfälzischen Wahlkreise, die Sonntag in Homburg tagte und von 58 Delegierten besucht war, beschloß einstimmig die Gründung einer Genossenschaftsdruckerei zwecks Herausgabe eines eigenen Parteiblattes in der Hinterpfalz. Die eingesetzte Kommission hat sofort die notwendigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen.

Aus dem „liberalen“ Meinigen. In Lichtenhain bei Jena war kürzlich unser Genosse Grösse als stellvertretender Schultheiß und Gemeindevorstand gewählt, vom zuständigen Landrat in Saalfeld aber nicht bestätigt worden. Eine an das Ministerium eingelegte Beschwerde hatte keinen Erfolg. Unsere Genossen, die im Lichtenhainer Gemeinderat die Majorität haben, ließen sich aber dadurch nicht einschüchtern und wählten in ihrer letzten Sitzung den Genossen Schwab als stellvertretenden Schultheiß und Gemeindevorstand. Da der Landrat bei Grösse, der damals krank war, diese Krankheit als Nichtbefähigungsgrund angab, wird er beim Genossen Schwab jetzt Farbe bekennen müssen.

Soziales.

Butterboykott wegen künstlicher Preistreibung. Der Pilsch-Dunckerse Ortsverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter in Berlin hat beschlossen, vorläufig auf die Zeit von drei Monaten keine Butter zu konsumieren. Die Butterpreise haben in Berlin die Höhe von 3,20 Mk. pro Kilogramm für gute Butter erreicht. Es wird behauptet, daß die Butter-Großhändler große Mengen Butter in den Kühlräumen zurückhalten, um ein Sinken der Butterpreise zu verhindern. Das „Berliner Tageblatt“ hat eine Anzahl Leiter von Molkereien und sonstige Butterinteressenten über die Preistreibung befragt und dahin Auskunft erhalten, daß an der Preistreibung Futtermist, die infolge schlechter Futterernten eingetreten sei, im wesentlichen die Schuld trage. Der Direktor des Verkaufsbundes norddeutscher Molkereien meinte, daß auch der Milchkonsum eine gewaltige Zunahme durch den Schnapsboykott erfahren habe. Durch diesen Boykott sei der Butterfabrikation viele Milch entzogen worden und es hätte Butter und Milch vom Auslande bezogen werden müssen. Verchiebentlich wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß der Preisausschlag von 10 Pf. nach Württemberg fallen gelassen werde. Die Gewerkschaftskommission der Berliner freien Gewerkschaften hat zu dem Butterboykott noch nicht Stellung genommen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schwab. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Kleines Feuilleton.

Der Schellfischfang
 gestaltet sich für die deutsche Seeffischeret schon seit längerer Zeit sehr befriedigend. Wenn auch die Menge der gefangenen Schellfische an Umfang beträchtlich eingebüßt hat, so ist doch auf der anderen Seite der Wert so kräftig gestiegen, daß trotz der geringeren Fangergebisse der Schellfischfang mehr einbrachte als im Vorjahre. Diese Entwicklung zeigte sich bereits im Jahre 1909. Die Menge der im Jahre 1909 im Nord- und Ostseegebiet gefangenen und an Land gebrachten Schellfische stellte sich nämlich insgesamt auf 29,26 Millionen Kilogramm gegen 22,28 Millionen im Jahre 1908. Es wurden um circa 9 Prozent weniger gefangen und an Land gebracht als 1908. Der Wert der gefangenen Schellfische aber erreichte im Jahre 1909 eine Höhe von 6,11 Millionen Mark gegen nur 5,96 Millionen im Jahre 1908. Es ergibt sich demnach eine Wertsteigerung um 148,462 Mark oder um 2,49 Prozent. Bei einer um 3 Millionen Kilogramm geringeren Menge konnte also ein gleiche Tendenz zeigt sich im laufenden Jahre. Es wurden in den beiden ersten Monaten dieses Jahres nur 3,98 Mill. Kilogramm Schellfische gefangen gegen 4,92 Millionen Kilogramm in derselben Zeit 1908. Das sind in diesem Jahre 949,878 Kilogramm oder 19,29 Proz. weniger als vergangenes Jahr. Bewertet wurden bei 1,188,244 Mark, während die 4,92 Millionen Kilogramm im vorigen Jahre nur einen Wert von 1,176,144 Mark hatten. Das Plus des Wertes beläuft sich also auf 13,100 Mark oder auf 1,11 Prozent. Die gleiche Entwicklung wie der Schellfischfang weist übrigens auch der Fang von Schollen, See- und Wetzungen auf.

Das Streichholz in der Statistik.
 Nach der soeben erschienenen Statistik der französischen Streichholzregie sind im vergangenen Jahre in Frankreich insgesamt 44,118,991,181 Streichhölzer verkauft worden. Welche gewaltige Summe diese Zahl darstellt, kann man vielleicht aus der Berechnung eines Pariser Wattes ermaßen, das kalkuliert hat, daß bei achtstündiger Tagesarbeit eine Arbeiterin von 1400 Männern ein Jahr lang taqaus, tagein zu tun hätte, wenn diese Streichhölzer Stück um Stück abgemacht werden sollten. Wenn man diese 44 Milliarden Streichhölzer in einer geraden Linie aneinander legen würde, so müde diese Linie eine Länge von rund 2 Millionen Kilometer erreichen, das ist rund das Fünftel des Erdumfangs, oder soviel wie eine dreifache Reise von der Erde zum Mond. Ein zwölfsähriger Streichholzverbrauch in Frankreich würde ausreichen, um bei der gleichen Auenanberreihung der Streichhölzer die Schwefelmenge des berühmten Galleschen Kometen zu erreichen, der sich jetzt mit seinem Schweife von 25 Millionen Kilometer Länge der Erde nähert.

Aus den Wäldern.
 Seine Auffassung. „Denk dir nur, für eine Aufsicht von etlichen Stunden ist ein Preis von 200 Mark pro Person festgesetzt!“ — „Ja, das ist gar net 8 viel, mich krieg'n i net um fünfshundert Mark!“
 „Boöhsst! Treu aber (der nicht sehr sauber ausflucht, nicht vielleicht Wangen in dem Bett?) — „Wirt: „Bis jetzt noch nicht!“
 „Griechenreicher Hund.“ Herr (zum Gelegenheitsdichter): „Sch habe doch bei Ihnen schon verschiedenes machen lassen, da haben Sie mit immer nur drei Mark angedreht.“ — „Dich ter: „Ja, wissen Sie, bei Sie zehn Mark?“ — „Dich ter: „Ja, wissen Sie, bei bin nämlich selbst verheiratet!“
 „Zubührende Wirkung.“ „Wie ich höre, wären Sie bei nahe an giftigen Wägen gestorben? Und Ihrer Frau haben Sie nicht geschadet?“ — „Nein, sie ist net noch ein bißel giftiger geworden.“
 „Krupus.“ Richter (zum Bauern): „Sie waren volle drei Jahre verheiratet... warum haben Sie das Weibst angehäubet?“ — Bauer: „Ja, Herr Richter, verheiratet sein und net brennen, an solchen Wägen kann ich mit net leisten!“
 (Aus Messendorfer Blätter.)

Die Männer, die Frauen können. Die Männer, die sich daran gewöhnen, ihre Frauen für ihren weiblichen Wert zu interessieren. Für die Männer solche Arbeit richtig schätzen. Und als zusehender leichter und umfangreicher einen Vorstoß machen können, der anfangs noch unangebeuert ist. Innerhalb ihrer Hauslichkeit sollte die Frau sich für alles interessieren, weil sie sich dadurch zur Überlegung und zum Denken zwingt. Eine Frau, die angefangen hat, das Auge zu suchen und zu wollen, die will dann auch verstehen, wodurch ihr ein Vorteil geworden ist. Sie will etwas vom Kauf wissen, von der großen Wirtschaft. Sie hört von der Verbesserung der notwendigen Lebensmittel und möchte erfahren, welche Faktoren es sind, die so stark auf ihre Hauslichkeit einwirken. Da kann der Mann die gute und nützliche Werke finden, die kapitalistische Hauswirtschaft im Frauenhinein schlägt. Das Interesse ist gewahrt und der Verdienst will wissen. So die Frauen begreifbar ist und hört, daß eine Partei Kaufenden von Menschen die Verbesserung der sozialen Zustände herbeiführt und in Wirklichkeit daran arbeitet, da möchte sie wohl eine Grundbedingung in ihrer Hauslichkeit schaffen wollen. Sie wird die Veruche unterfüßen, die große gemeinschaftliche Haushaltungsbetriebe gründen wollen. Sie wird die Hilfsmittel benötigen, die für betriebl. Betriebe gedacht sind. Je mehr solche Gegenstände gebraucht werden, desto billiger können sie werden. Desto mehr und bessere Einkündigen werden gemacht.

Selbstmordhäufigkeit beim weiblichen Geschlecht.
 Der innige Zusammenhang zwischen dem moralischen Zustand der Menschen und den wirtschaftlichen Verhältnissen ist schon oft betont worden. So wie in Zeiten steigender Preise die Diebstahle häufiger werden, so steigt in Zeiten sinkender wirtschaftlicher Konjunktur, allgemeiner Arbeitslosigkeit häufiger als sonst die äußerste Verarmungsart des Menschen. Nach den Mitteilungen des Kaisert. Statistiker Amies kamen im Deutschen Reich auf 100,000 Einwohner Selbstmorde:

Jahr	weiblich	männlich	zusammen
1897	8,4	20,6	26,1
1898	8,2	19,9	26,8
1899	8,2	19,5	27,2
1900	8,5	20,8	26,8
1901	8,2	20,8	26,2
1902	8,8	20,4	26,8
1903	9,1	21,7	27,1
1904	9,2	21,0	28,5
1905	9,5	21,8	29,2
1906	9,4	20,4	30,5
1907	9,6	20,6	31,0
1908	9,7	21,9	29,1

Die Jahre 1898 und 99 waren solche der Hochkonjunktur und wir finden dementsprechend nur eine Selbstmordhäufigkeit von 19,9 und 19,5 pro 100,000 der Bevölkerung. Dann folgt die niebergelagerte Bewegung ein, die 1903 ihren Tiefstand erreichte, in welchem Jahre das reichsstatistische Amt im Juni 8,2 Proz. Arbeitslose in den an die Verteilung im angeschlossenen Gemeinwesen feststellte. Die Selbstmordhäufigkeit steigt in diesem Jahre auf 21,7. Die nun wieder aufsteigende Konjunktur läßt auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1906 die Arbeitslosen auf durchschnittlich 1 Proz. und die Selbstmordhäufigkeit auf durchschnittlich 31,0. In den folgenden Jahren sinkt die Verteilung der Wirtschaftslage beginnt auch wieder die Selbstmordhäufigkeit zu steigen.

Die geringere Selbstmordhäufigkeit bei den Frauen ist die Folge der geringeren Beanspruchung der Frau durch die berufliche Erwerbstätigkeit, wie andererseits die Zunahme der weiblichen Selbstmorde in den letzten Jahren mit einer stärkeren Einmischung der Frau in diese Arbeit zusammenfällt.

Eine gefährliche Brautwerbung.

Ein Bild aus den nordischen Bergen.
 Als Aelgung eine erwachsene Tirne zu werden begann, war es mit der irdischen Ruhe in Quilaby verbunden. Die hübschen Turteln des ganzen Dorfes und was dazu gehörte, prägten sich allmählich braun und blau. Am liebsten war es in der Sonnabendnacht; aber da ging ihr Vater, der alte Knud Quilaby, niemals zur Ruhe, ohne wenigstens seine lederne Sohle anzubehalten und einen tüchtigen Hühnerhund an sein Bett zu nehmen.
 „Nat der Himmel mit eine hübsche Tochter gegeben,“ sagte er, „nun, so werde ich auch wohl auf sie zu passen wissen.“
 Thore Meisler war nur der Sohn eines armen Fischenbauers, trotzdem aber jagten die Leute, daß er der Tochter des Eigentümers von Quilaby die meisten Besuche machte. Das geschah jedoch dem alten Knud ganz und gar nicht; er sagte, es sei eine Plage, wenigstens habe er den Hühnerhund noch nie gesehen. Als die Turteln schon hundertfünfundfünfzig untereinander, daß er Thore schon hätte hundert hätte, wo Aelgung meistens ihre Arbeit zu tun pflegte. Es wurde Frühling und Aelgung zog mit der Herde nach der Alm. Knud begann die Hühner in den Tälern hüten zu machen; als es den Turteln, die am Abend in die Nähe von Quilaby kamen, wo man oben den Bergspizel in die fühligen Wolken hineinragen sah und Aelgung's hohe Fieder bis ins Tal herunterhingen hörte, ganz weh ums Herz wurde, und am nächsten Sonnabend sah sich einer nach dem anderen hinauf. Aber schneller als hinauf kamen sie wieder herunter; denn oben stand ein Hühner auf Wäde, der jeden Ankommenen mit kräftigen Säulen empfangt und dem Zurückgehenden die Worte nachtrief: „Probiert's noch einmal, dann kriegt du noch mehr!“
 So viel die Turteln wußten, gab es im ganzen Kirchspiel nur einen, der solch hübsche Hühner hatte und das war gerade Thore Meisler. Und alle reichen Bauernknechte meinten, es sei doch zu arg, daß der Junge des armen Fischenbauers bei Aelgung Quilaby am höchsten angesehenen stünde.
 Das war auch die Meinung des alten Knud, als er hörte, was geschah, und er sagte, daß, wenn niemand dieses Hühner Meisler werden könnte, er ihm selbst einmal das Hühner verlocken wolle. Knud war zwar schon ein guter Sechziger, aber er schaute sich nicht, wenn er sich doch ein langweiliger und gerade Gelegenheiten vorhanden war, sich mit dem ältesten Sohne zu messen.
 Nach der Quilaby-Alm führte nur ein Pfad, und zwar durch den Garten des Hofes. Als Thore am nächsten Sonnabend nach der Alm gehen wollte, er sich leicht durch den Garten hindurch hängte sich, sobald er an dem Hause und den Schreibern vorbei war, ein Kert auf ihn.
 „Das will ich dir gleich erzählen,“ sagte ein anderer hinter ihm, während er Thore einen Schlag in den Nacken gab; das war Aelgung's Bruder.
 „Der ist klammer dier,“ sagte der alte Knud und ging ihm zu Hilfe.
 Thore's Kräfte verdoppelten sich in der Gefahr. Er war so geschäftig wie ein Weidenast und schlug um sich, daß es nach ihm aus, und wo niemand darauf bedacht war, teilte er sie aus. Aber so sehr er sich auch wehrte, er bekam trotzdem eine gefährliche Nacht Krügel. Dennoch sagte der alte Knud mehr gerannt habe. Der Kampf dauerte so lange, bis Blut floß. „Nun ist's genug!“
 „Wenn du am nächsten Sonnabend trotz Quilaby und keinem Nagen hinaufkommst, dann ist die Tirne dein.“
 Thore schleifte sich nach Hause und ging zu Bette. Des Tages über die Mauer auf Quilaby war sein Ende, aber jedermann sagte: „Was hatte er auch dort zu tun.“ Nur eine gab es, die das nicht sagte, und das war Aelgung.

Die hatte ihn an dem bewußten Sonnabend erwartet, aber als sie hörte, was zwischen ihm und ihrem Vater vorgegangen war, setzte sie sich an einer abgelegenen Stelle nieder und weinte und sagte bei sich selbst: „Wenn ich Thore nicht hätte, habe ich keine frohe Stunde mehr in meinem Leben.“
 Thore blieb am Sonntag zu Bett und Montag fühlte er, daß er noch liegen bleiben mußte. Dienstag brach an; es war ein prächtiger Tag. Er hatte die Nacht über ge-regnet; das Gitter der Erde sah so frisch aus, die lieblichen Lüfte strömten herein, man konnte das Singeln der Kuckucken auf der Alm hören, und ganz in der Höhe hörte er jemand singen. . . wahrhaftig, wenn seine Mutter nicht in der Stube gewesen wäre, er hätte zu heulen angefangen. Am Mittwoch lag er noch immer; Donnerstag begann er zu erwachen, ob er nicht am Sonnabend wieder hergestellt sein würde und Freitag war er auf den Beinen. Er dachte nur an das, was Vater Quilaby gesagt hatte: „Wenn du am Sonnabend trotz Quilaby und seinem Nagen hinaufkommst, dann ist die Tirne dein.“ Er lag ein paarmal zu dem Hof Quilaby hin auf und sagte: „Weihnachten erliebe ich nicht mehr.“
 Wie schon gesagt, führte zur Alm nur ein Pfad; aber ein gewandter Fische mußte, wenn der gebogene Weg ihm versperrt war, doch noch auf andere Weise hinaufkommen wissen! Wenn er's hütten um die Landzunge herum ruderte und an der anderen Seite des Berges ankam, war es vielleicht nicht unmöglich, von dort aus den Pfad zu erreichen; aber dort war es auch so steil, daß die Fische kaum in die Höhe kommen konnten, und die Fische doch sonst eine Kletterpartie im Gebirge nicht.
 Es wurde Sonnabend. Thore war schon seitig in der Frühe ausgegangen. Es war prächtiges Wetter. Die leuchtende Sonne erfüllte alles mit Licht und Leben; oben vom Berge her erklangen fröhliche Lieder und die Lüne des Dorfes. Als der Abend anzubrechen begann und ein blauer Nebelschleier sich auf die Berge herüberzogen, lag er vor der Tür seines Hauses. Er lag hin auf, — sprang in das Boot und ruderte um die Landzunge herum.
 Nach Erledigung ihres Tagewerks sah Aelgung vor der Sonnenscheibe und begann zu erwachen, daß, wenn Thore diesen Abend nicht zu ihr kommen könnte, vielleicht um so mehr andere sie zu belachen trachten würden.
 Deshalb machte sie den Hund los und ließ sich an einer Stelle nieder, von wo aus sie das ganze Dorf übersehen konnte. Aber aus demselben itaq. als gewöhnlich ein dicker Nebel empor, der sie am Ausblick verhinderte. Sie wählte einen anderen Platz und setzte sich, des Kommenden unbewußt gerade an einer Stelle nieder, von wo sie die Aussicht auf den Fjord hatte. Aelgung konnte sie ruhiger stimmen, als von dieser Höhe aus der Blick über die Gewässer.
 Als sie eine Weile dagelegen, wandelte sie die Luft an, zu singen. Weithin klang ihr Lied über die Berge. Aber als sie die zweite Strophen beginnen wollte, war es ihr, als ob das zu bedeuten, dachte Aelgung, indem sie aufsprang und einige Schritte nach dem Fjord zu tat. Hier sah sie die Tirne in eine schlanke Wirt, welche sich über dem Fjord grund schaukelte und blühte hinab. Aber sie sah nichts; der Fjord lag still und friedlich vor ihr, kein Vogel strich über keine Spiegelglatte Oberfläche. Aelgung setzte sich wieder und sang abermals an zu singen. Aber hoch! Da antwortete man ihr zum zweiten Male, aber näher. Mein, das war kein Echo! Wieder sprang Aelgung auf und brauchte sich über den felsenigen Abgrund. Und nun lag sie unten am Felsen ein Beet liegen, das dort bereitete war.
 Da unten in der Tiefe lag es wie eine Maßschale aus, Sie blickte näher hin und sah eine Welschmüge und darunter die Gestalt eines Mannes, der an dem fast fahlen Felsen emporstreckte.
 „Wer mag das sein?“ fragte sich Aelgung, indem sie die Wirt löstief und rückwärts sprang. Sie mochte es nicht, sich selbst auf die Frage zu antworten, denn sie wußte sehr gut, wer es war. Sie wartete wieder ins Gras und sagte es fröhlich mit beiden Händen, als wäre sie es, die das Wort er sich selbst amerte, nicht loslassen dürfte. Aber die

Wirt meinte, er habe sich an einer abgelegenen Stelle nieder gesetzt, und sagte bei sich selbst: „Wenn ich Thore nicht hätte, habe ich keine frohe Stunde mehr in meinem Leben.“

Als Aelgung eine erwachsene Tirne zu werden begann, war es mit der irdischen Ruhe in Quilaby verbunden. Die hübschen Turteln des ganzen Dorfes und was dazu gehörte, prägten sich allmählich braun und blau. Am liebsten war es in der Sonnabendnacht; aber da ging ihr Vater, der alte Knud Quilaby, niemals zur Ruhe, ohne wenigstens seine lederne Sohle anzubehalten und einen tüchtigen Hühnerhund an sein Bett zu nehmen.

Thore Meisler war nur der Sohn eines armen Fischenbauers, trotzdem aber jagten die Leute, daß er der Tochter des Eigentümers von Quilaby die meisten Besuche machte. Das geschah jedoch dem alten Knud ganz und gar nicht; er sagte, es sei eine Plage, wenigstens habe er den Hühnerhund noch nie gesehen. Als die Turteln schon hundertfünfundfünfzig untereinander, daß er Thore schon hätte hundert hätte, wo Aelgung meistens ihre Arbeit zu tun pflegte. Es wurde Frühling und Aelgung zog mit der Herde nach der Alm. Knud begann die Hühner in den Tälern hüten zu machen; als es den Turteln, die am Abend in die Nähe von Quilaby kamen, wo man oben den Bergspizel in die fühligen Wolken hineinragen sah und Aelgung's hohe Fieder bis ins Tal herunterhingen hörte, ganz weh ums Herz wurde, und am nächsten Sonnabend sah sich einer nach dem anderen hinauf. Aber schneller als hinauf kamen sie wieder herunter; denn oben stand ein Hühner auf Wäde, der jeden Ankommenen mit kräftigen Säulen empfangt und dem Zurückgehenden die Worte nachtrief: „Probiert's noch einmal, dann kriegt du noch mehr!“

So viel die Turteln wußten, gab es im ganzen Kirchspiel nur einen, der solch hübsche Hühner hatte und das war gerade Thore Meisler. Und alle reichen Bauernknechte meinten, es sei doch zu arg, daß der Junge des armen Fischenbauers bei Aelgung Quilaby am höchsten angesehenen stünde. Das war auch die Meinung des alten Knud, als er hörte, was geschah, und er sagte, daß, wenn niemand dieses Hühner Meisler werden könnte, er ihm selbst einmal das Hühner verlocken wolle. Knud war zwar schon ein guter Sechziger, aber er schaute sich nicht, wenn er sich doch ein langweiliger und gerade Gelegenheiten vorhanden war, sich mit dem ältesten Sohne zu messen. Nach der Quilaby-Alm führte nur ein Pfad, und zwar durch den Garten des Hofes. Als Thore am nächsten Sonnabend nach der Alm gehen wollte, er sich leicht durch den Garten hindurch hängte sich, sobald er an dem Hause und den Schreibern vorbei war, ein Kert auf ihn. „Das will ich dir gleich erzählen,“ sagte ein anderer hinter ihm, während er Thore einen Schlag in den Nacken gab; das war Aelgung's Bruder. „Der ist klammer dier,“ sagte der alte Knud und ging ihm zu Hilfe. Thore's Kräfte verdoppelten sich in der Gefahr. Er war so geschäftig wie ein Weidenast und schlug um sich, daß es nach ihm aus, und wo niemand darauf bedacht war, teilte er sie aus. Aber so sehr er sich auch wehrte, er bekam trotzdem eine gefährliche Nacht Krügel. Dennoch sagte der alte Knud mehr gerannt habe. Der Kampf dauerte so lange, bis Blut floß. „Nun ist's genug!“ „Wenn du am nächsten Sonnabend trotz Quilaby und keinem Nagen hinaufkommst, dann ist die Tirne dein.“ Thore schleifte sich nach Hause und ging zu Bette. Des Tages über die Mauer auf Quilaby war sein Ende, aber jedermann sagte: „Was hatte er auch dort zu tun.“ Nur eine gab es, die das nicht sagte, und das war Aelgung.

Die hatte ihn an dem bewußten Sonnabend erwartet, aber als sie hörte, was zwischen ihm und ihrem Vater vorgegangen war, setzte sie sich an einer abgelegenen Stelle nieder und weinte und sagte bei sich selbst: „Wenn ich Thore nicht hätte, habe ich keine frohe Stunde mehr in meinem Leben.“

Thore blieb am Sonntag zu Bett und Montag fühlte er, daß er noch liegen bleiben mußte. Dienstag brach an; es war ein prächtiger Tag. Er hatte die Nacht über ge-regnet; das Gitter der Erde sah so frisch aus, die lieblichen Lüfte strömten herein, man konnte das Singeln der Kuckucken auf der Alm hören, und ganz in der Höhe hörte er jemand singen. . . wahrhaftig, wenn seine Mutter nicht in der Stube gewesen wäre, er hätte zu heulen angefangen. Am Mittwoch lag er noch immer; Donnerstag begann er zu erwachen, ob er nicht am Sonnabend wieder hergestellt sein würde und Freitag war er auf den Beinen. Er dachte nur an das, was Vater Quilaby gesagt hatte: „Wenn du am Sonnabend trotz Quilaby und seinem Nagen hinaufkommst, dann ist die Tirne dein.“ Er lag ein paarmal zu dem Hof Quilaby hin auf und sagte: „Weihnachten erliebe ich nicht mehr.“

